

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Gänger, in der Post-Zeitungs-Verkäufe für 1893 unter Nr. 6708.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inzertats für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 18. April 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Das Cholera-Gesetz.

Aus Fachkreisen wird geschrieben:

Es kreisen die Berge und gebären — ein lächerlich Mäuslein! Der vorliegende Entwurf wird allgemein entsetzt und niemand befriedigt. Statt des von den Ärzten längst geforderten Seuchengesetzes, das an die Stelle der vielen, auf dem Papier stehenden Landesgesetze eine umwälzende, einheitliche Reichs-Medizinalgesetzgebung großen Stils, entsprechend den politischen, sozialen und wissenschaftlichen Revolutionen des Jahrhunderts, setzen sollte; statt eines Gesetzes, das selbst noch in der unvollständigen Form, in der es der Bundesrath erhielt, eine Menge Staub aufzuwirbeln im Stande war und speziell in ärztlichen Kreisen mit sehr getheilten Empfindungen aufgenommen wurde: ein Cholera-Gesetz, das lediglich diesen Namen noch nicht trägt, um allen denen, die mehr erwartet haben, keine allzu läche Enttäuschung zu bereiten. Wir haben zu letzteren nicht gehört, wir haben schon wegen der so verdächtigen Hast, mit der das Gesetz eingebracht und durch die verschiedenen Körperchaften durchgejagt wurde, anderes nicht erwartet und lassen uns dadurch, daß das Gesetz auch noch Flecktyphus, Gelbfieber, Pest und Pocken in seinem § 1 nennt, Krankheiten, die zum Theil in Deutschland gänzlich unbekannt, zum anderen Theil seit vielen Jahrzehnten nicht epidemisch aufgetreten sind, auch nicht täuschen.

Der dem Reichstag vorliegende Entwurf ist ein Gelegenheitsgesetz, er steht unter dem Zeichen der Cholerafurcht und der Mißwirtschaft des Hamburger Geschlechterregiments, er will einer Wiederkehr solcher entsetzlicher Ueberraschungen vorbeugen, wie sie diese Mißwirtschaft in der Epidemie des vergangenen Jahres gezeigt hat.

Weil aber dieser Entwurf nichts anderes darstellt, als die gesetzmäßige Sanktionierung derjenigen Maßnahmen gegen die Cholera, die im Verordnungswege erlassen werden können, die bei der vorjährigen Epidemie zum Theil gesetzwidrig getroffen wurden und sich als notwendig und zweckmäßig erwiesen, charakterisirt er sich als ein sanitätspolizeiliches Gelegenheitsgesetz, das eben nur die große Zahl der bereits bestehenden Medizinalgesetze im Reich und in den Einzelstaaten noch um eines vermehrt.

Die Mittel zur Verhütung der Entstehung von „Seuchen“, sagt Minist. R. a. D. Dr. Wasserfuhr, unterscheiden sich von denjenigen, welche nach Ausbruch von Seuchen deren Weiterverbreitung verhindern sollen, wesentlich dadurch, daß erstere von den Organen der Selbstverwaltung abhängen, lange sachverständige Vorarbeiten bedingen und erhebliche Kapitalanlagen erfordern, welche aber für die Gesundheit und den Wohlstand der Einwohner gute Folgen zeigen. Zentrale Wasserleitungen, Kanalisationen, Mieselanlagen, gute Abfuhranlagen, gesunde Wohnungen sind nicht im Handumdrehen auf dem Verordnungswege zu beschaffen. Andererseits sind Maßregeln, welche nach einem

Seuchenausbruch zur Anwendung kommen können, nur für einen kurzen, vorübergehenden Zeitraum berechnet, bestehen hauptsächlich in Verordnungen der Behörden und liegen in den Händen der Polizei. Das vorgelegte Gesetz ist dementsprechend wesentlich ein Polizeigesetz. Sein Zweck ist, während der Dauer der Epidemie die Ansteckung von Person zu Person zu verhüten.

Von diesen wirksamsten Mitteln zur Bekämpfung der Seuchen, von der Hygiene der Wohnorte, spricht der vorliegende Gesetzentwurf nur nebenher in § 82:

Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirtschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen. Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Mißstände Sorge zu tragen. Sie können zur Herstellung von Einrichtungen der im Absatz 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen ansteckende Krankheiten (§ 1) erforderlich sind, jederzeit angehalten werden.

Hierin stimmen alle zum Wort gekommenen medizinischen Richtungen, mögen sie sich Contagionisten, Lokalisten oder Individualisten nennen, dem Entwurfe bei. Zu bedauern ist bloß, daß man sich hiermit begnügt, daß man insbesondere den Gemeinden nicht auch die Verpflichtung auferlegt hat, für gesunde Wohnungen zu sorgen, Seuchennester wie die Hamburger Gängeviertel niederzulegen.

Für Beseitigung der Arbeitslosigkeit sorgen, den Hungernden Nahrung, den Obdachlosen Wohnung schaffen, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Seuchen-Propylaxe, Aufgaben, die naturgemäß den Gemeinden zufallen und die zu erfüllen diese eben zwangsweise von Reichs- und Staatswegen angehalten werden sollten, Aufgaben, für die in der That der Mangel des Seuchentourfes das Verständnis zu fehlen scheint — oder haben sie derartige Maßnahmen bloß deshalb nicht vorgeschlagen, weil sie von deren Unausführbarkeit in der heutigen Gesellschaft überzeugt waren?

Auch § 21

Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden und im Falle ihrer Leistungsunfähigkeit die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten (§ 1) notwendig sind, zu treffen,

welche Einrichtungen die Begründung näher präzisirt als: Beobachtungs- und Absonderungsräume, Unterkunftsstätten für Kranke, Desinfektionsapparate, Beförderungsmittel für Kranke und Verstorbene, Leichenräume, Beerdigungsplätze u. dgl. dürfte angesichts der traurigen Hamburger Vorkommnisse gewiß berechtigt erscheinen.

Knüpft in diesen, viel zu stiefmütterlich behandelten

*) Bekanntlich haben unsere Hamburger Genossen neuerdings unter Hinweis auf die herrschende Arbeitslosigkeit dies Verlangen an die städtischen Behörden gestellt, ohne bei diesen Willensbewohnern Verständnis für diese dringlichen Maßnahmen zu finden, die in zweifacher Weise wirkliche Vorbeugungsmaßregeln gegen die Wiederkehr der Epidemie darstellen.

den Russen bei solchen Gelegenheiten eigen sind, auf die Schande hin, die in einem Zurücktreten läge.

Zu Andrej's Ueberraschung schien auch David dieselbe Art des Vorgehens zu billigen. Es war aber nutzlos; er hatte seinen Entschluß gefaßt. Was konnte eine Handvoll Leute, die mit Dolchen und Revolvern bewaffnet waren, gegen Feuerwaffen und eng aneinander gedrängten Linien von Bajonetten thun, besonders wenn die Behörden gewarnt waren. Es würde nur zu einem für alle nutzlosen Gemehel führen können, welches das Volk entmuthigen würde, anstatt es wie ein gutes Beispiel zu begeistern.

Dann brauchst Du Dich nicht daran zu betheiligen! rief Watajko aus, jede Selbstbeherrschung verlierend. Wenn Du Dich weigerst, werden wir allein gehen. Wir wollen aber nicht mit gefalteten Händen zusehen, wie ein Weib gehängt wird.

Andrej war in diesem Augenblick ebenso wenig in der Stimmung, über die Verletzung der Disziplin als über eine Beleidigung seiner Person zu schelten. „Mein Freund“, sagte er, die Hand auf Watajko's Schulter legend, „warum willst Du die letzten Augenblicke unserer verurtheilten Freunde trüben? Wir können unmöglich einen von ihnen befreien; wir werden alle vor ihren Augen niedergemetzelt werden. Warum sollten wir ihnen durch einen solchen Anblick ein Schicksal erschweren, welches schon an und für sich so hart ist?“

Der junge Mann beugte das Haupt und schwieg. Keiner widersprach. Traurig zerstreute sich die Versammlung, um das rückgängig zu machen, was sie vorbereitet hatten; und Andrej bereitete sich, seinen verurtheilten Freunden gegenüber seine letzte Pflicht zu erfüllen, sie alles wissen zu lassen, damit sie sich keinen leeren Hoffnungen hingaben.

sanitären Maßnahmen der Entwurf an die Hamburger Erfahrungen bez. sanitätswidrigen Zustände vor und bei Ausbruch der Epidemie an, so ist dasselbe auch der Fall bei denjenigen Bestimmungen, die sich mit der Anzeigepflicht, der Ermittlung der einmal ausgebrochenen Seuche beschäftigen.

Berechtfertigt erscheint ebenso die unverzügliche Anzeige jedes Cholerafalles seitens des Arztes, Pflegers oder Haushaltungsvorstandes (§§ 1 und 2) wie die Verpflichtung der Polizeibehörde (§ 3),

so bald der Ausbruch der Krankheit in einer Ortschaft festgestellt ist, dies unverzüglich öffentlich bekannt zu machen. Die Zahl der Erkrankungen ist in kurzen Zwischenräumen zu veröffentlichen.

Daß die Anzeige an die zuständige Polizeibehörde zu erfolgen hat und nicht an den beamteten Arzt, ist im Polizeistaat naturgemäß. Gätten wir staatliche und städtische Gesundheitsämter, wie wir sie nicht haben, genügend dotirte und deshalb unabhängige Medizinalbeamte mit dem Recht der Initiative und Exekutive, wie wir sie nicht haben, wie sie aber England seit Langem besitzt, die Durchführung der im Gesetz geplanten hygienischen und sanitätspolizeilichen Maßnahmen würde nicht die geringste Schwierigkeit machen. Wir bräuchten keine Militärärzte als den zuverlässigsten Ersatz für den beamteten Arzt, keine Schulleute als „sachverständige“ Gesundheitsbeamte, keine Landräthe und Regierungspräsidenten als beschließende und ausführende Organe der Medizinalverwaltung, keinen neu zu schaffenden „Reichsgesundheitsrath“ (§ 40), der dem nicht sachverständigen Bundesrath die Erläuterung bringen soll, welche Grundfälle bei der Bekämpfung der Seuche zu befolgen sind, ein nur gelegentlich zusammenberufenes Sachverständigen-Kollegium, dessen Ernennung der Beschlußfassung dieses selben Bundesraths vorbehalten ist, mit der für reichslandische Begriffe schon außerordentlichen Befugniß, mit den Landesbehörden unmittelbar in Verbindung zu treten und Auskunftspersonen an Ort und Stelle zu entsenden!

All die vom Gesetz geplanten Maßnahmen des beamteten Arztes, welche bei uns eben infolge dieser unglückseligen Verquickung von Polizei- und Medizinalverwaltung auf das größte Mißtrauen und die feindlichste Abneigung seitens des Publikums stoßen — des Publikums, ohne dessen Bereitwilligkeit diese wie alle sanitären Verordnungen ins Wasser fallen; die Befugniß des beamteten Arztes, an Ort und Stelle des gemeldeten Falles Ermittlungen vorzunehmen (§ 5), zu dem Kranken oder zur Leiche Zutritt zu erhalten, erforderlichenfalls die Leichenöffnung zu machen (§ 6), die Absonderung kranker und krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen und, wo das nicht angänglich ist, die Ueberführung des Kranken oder Verdächtigen in ein Krankenhaus anzuordnen (§ 13), die Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, zu veranlassen (§ 17) u. — alles dies wird größtentheils in England und zwar für alle wichtigen Infektionskrankheiten längst von sachverständigen städtischen

Sie mußten, wie es solchen Leuten ziemte, mit offenen Augen ihrem Geschick entgegenreten.

Er trug den Brief zum Gefängnißwärter, der seine Korrespondenz besorgte. Später erfuhr er, daß dieser Brief noch am selben Abend an seine Adresse gelangt war. Er wurde sogar von Sina im Namen ihrer Gefährten beantwortet. Ihr Brief war nicht traurig; er war vielmehr dazu angethan, einen heiteren Eindruck zu machen.

Aber Andrej zerfleischt er das Herz und er, der Mann, der Nerven von Stahl hatte, weinte beim Lesen wie ein Kind, weil der Brief ihn erst zwei Tage, nachdem alles vorüber war, erreichte und die Hand, welche diese rührenden Zeilen geschrieben hatte, kalt und steif war und das Herz, welches sie begeisterte, aufgehört hatte zu schlagen.

Kapitel IV.

Ein erbaulicher Publia.

Andrej erwachte mit einem Ruck, als wenn ihm jemand einen Stoß versetzt hätte. In demselben Moment erklang die Stundenglocke der benachbarten Kirche. Er blickte auf seine Uhr, welche nebst Dolch und Revolver auf dem Stuhl neben seinem Bette lag. Es war fünf Uhr. Jetzt konnte er sich's erklären. Am vorhergehenden Tage, als die Vorbereitungen zum kommenden Kampfe noch im vollen Gange waren, hatte er sich eingepreßt, daß er um fünf Uhr aufstehen müsse, um rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. Andrej besaß die Fähigkeit nach Belieben zu einer bestimmten Stunde zu erwachen. Es war ihm nicht wieder eingefallen und jetzt wachte er mechanisch auf, obgleich nichts mehr zu beschleunigen war.

Verflorenen Abend war er spät heimgekehrt, vollkommen erschöpft von der undankbaren Aufgabe, irgend einen wahnwitzigen Ausbruch der Gichtöpfe zu

Feuilleton.

Handrue verboten.)

166

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Als Andrej das Haupt erhob, konnte er in aller Augen die nämliche Frage lesen. Dies überraschte ihm außerordentlich.

„Was kann da noch geschehen?“ rief er aus. „Seht Ihr denn nicht, daß nun nichts anderes übrig bleibt, als unsere verurtheilten Brüder zu benachrichtigen, damit sie keine unberechtigten Hoffnungen hegen und Zeit haben, sich auf ihr Schicksal vorzubereiten.“

Ein Stöhnen ging durch das Zimmer. Andrej's Rath kam ihnen sonderbar und unerwartet. Trotz ihrer großen Zuversicht auf ihn, fiel es einigen schwer, zu diesem Schlusse zu kommen. Die Entscheidung, zu der Andrej in den letzten Minuten getrieben wurde, überraschte sie.

Einwände und Widersprüche wurden erhoben und wurden lauter und lauter geäußert. Sie drangen darauf, daß der Versuch selbst ohne Bomben gemacht werden müsse. Sie waren fünfzig Mann und entschlossen bis zum Aeußersten. Noch war es Zeit, ihre Zahl zu vergrößern und für ebenso viele oder noch für mehr Waffen zu finden. Warum gleich alle Hoffnung aufgeben?

Watajko trat am entschiedensten für den Kampf um jeden Preis ein und wies mit scharfen Ausdrücken, welche

Gesundheitsbeamten und -Aufsehern ausgeführt und hat sich als wirksam bewährt.

Es kann uns natürlich nicht einfallen, an diesen und anderen im allgemeinen Interesse gebotenen Eingriffen in das Privat- und Familienleben, in der Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit und Bewegungsfreiheit des Einzelnen an sich Anstoß zu nehmen, wohl aber müssen wir von diesem Staat alle diejenigen Bürgerlichen fordern, die eine Willkür seitens der Polizeibehörden und beamteten Ärzte ausschließen, die insbesondere auch das Messen nach zweierlei Maß bei Festhalten und Befolgen unmöglich machen. Wie leicht kann das Verbot von Ansammlungen größerer Menschenmengen (§ 25) die Handhabe bieten zu einer Aufhebung der Versammlungsfreiheit, können andere Bestimmungen zu einer Beschränkung der Freizügigkeit mißbraucht werden, wie leicht z. B. kann § 11

Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen, auch zu diesem Zwecke, sofern sie obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind oder verurteilt oder gesundheitsmäßig umherziehen, in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt werden.

zu einseitigen Härten gegen Arbeiter führen! Sieht doch § 14, 2b der Landesbehörde das Recht, den Schiffahrts- und Flößereiverkehr auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken, das heißt den Erwerb der zumeist ärmlichen Schifferbevölkerung auf das Empfindlichste zu gefährden, ohne daß wir in den §§ 26-31, die von den Entschädigungen handeln, einen Ersatz dafür finden.

Unverständlich wäre es auch, warum die nach dem Gesetz zulässigen Verkehrsbeschränkungen auf Truppenübungen und Kontrollversammlungen keine Anwendung finden sollen, warum die dem Militär und der Marine angehörenden Personen ebenso wie die von ihnen benutzten Grundstücke und Einrichtungen und die außerhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen von seinen Bestimmungen nicht getroffen werden sollen (§§ 36, 37), — wenn wir nicht eben in einem Staate lebten, in welchem Maßregeln der öffentlichen Gesundheitspflege bei militärischen Rücksichten unbedingt zu schweigen hätten.

Zu verlangen hätte der Reichstag auch, daß die Verordnungen, der hervorragendsten Sachverständigen Deutschlands, auf deren Grundlage der vorliegende Gesetzentwurf ausgearbeitet worden ist, wie es in den Motiven heißt, ihm zugänglich gemacht werden und ebenso wie das Gesetz selbst seiner Beurteilung unterliegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April.

Aus dem Reichstage. Der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Abzahlungs-geschäfte, ist zur Vertheilung gelangt. —

Ahlwardt hatte dem Reichstage am Sonntag folgenden schleunigen Antrag zugehen lassen: „Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche über den Inhalt der vom Abgeordneten Ahlwardt dem Reichstage übergebenen Akten Bericht zu erstatten hat.“ Außer dem Antragsteller haben 19 Abgeordnete (17 Sozialdemokraten, 2 Antisemiten) ihre Unterschriften gegeben, nämlich die Sozialdemokraten Auer, Bebel, Diez, Seifert, Hofmann, Schulz, Singer, Meister, Bod, Kunert, Schmidt (Frankfurt), Geier, Hidel, Förster, Stadthagen, Wurm und Schwarz und die Antisemiten Pidenbach und Werner. Unter den konservativen Zivilsfreunden, die Ahlwardt's Wahl so eifrig gefördert haben, fand sich niemand, der den Antrag unterzeichnete, auch der Stöcker nicht, sein „würdiger Bruder“. Und von den engeren Bundesbrüdern, den Antisemiten, waren auch nur zwei gewillt, dem Ahlwardt zu seinem Antrage zu verhelfen. So waren es die Sozialdemokraten, die „verjudeten“ Sozialdemokraten, die der Ahlwardt-Moniteur, der Ahlwardt und seine Freunde alltätig beschimpfen, die den Deckel vom Hasen nahmen. Der Antrag ist vom Präsidenten von Levetzow als der Geschäftsordnung nicht entsprechend zurückgewiesen worden. Der Präsident gab Herrn Ahlwardt anheim, einen neuen Antrag zu formulieren.

sehr hindern, — eine Aufgabe, die er nicht ganz auf die Schulter seiner Genossen laden wollte. Auch die wenigen Stunden der Ruhe stellten ihn nicht wieder her, weil ihn auch im Schlafe ein dunkles Gefühl der Wirklichkeit nicht ganz verließ. Er erwachte mit dem vollen Bewußtsein dessen, was der folgende Tag mit sich bringen würde.

Watajko schlief in demselben Zimmer den glücklichen gefunden Schlaf eines zwanzigjährigen jungen Mannes. Andrej dachte daran ihn aufzuwecken, bevor er wegging, bei reiflicher Ueberlegung aber stand er davon ab. Das gutmüthige bärtige Gesicht des jungen Mannes sah im Schlafe so ruhig und zufrieden aus, daß es ihm leid that, ihn früher als nötig in die raube Wirklichkeit zurückzurufen.

Er kleidete sich an und zwang sich, eine Kruste Brot zu essen, wenn es ihm schon Ueberwindung kostete. Dann verließ er geräuschlos das Zimmer und ging hinab.

Die Sonne war bereits aufgegangen, obgleich sie ein feiner Nebel, welcher den Himmel bedeckte, unsichtbar machte. Die Stadt lag noch im Schummer. Allenhalben geschlossene Fensterläden. Rehrichthärner, Holzträger, Nachtlutscher, die nach ihren Gasthäusern zurückzuführen, unterbrachen das Schweigen der leeren Straßen.

Hier und da legte ein Pförtner den Fußsteig vor dem Hause. Nur wenige Menschen gingen auf den Straßen, und die meisten hatten es sehr eilig. Unter ihnen sah Andrej mehrere mit schleppendem Gange, verdüsterten Augen und niedergedrückten, ermüdeten Gesichtern, in denen er sogleich Leidensgefährten vermutete — Freunde oder Bekannte der Verurtheilten oder noch wahrscheinlicher nur Leute, die mit ihnen sympathisiren und welche diese Nacht voll Todesangst gleich ihm aus ihren Behausungen in die freie Luft getrieben hatte. Dem Aussehen nach mußten sie lange umhergeirrt sein, alle vielleicht die düstere Nacht hindurch, um durch körperliche Ermüdung ihre Seelenpein erträglicher zu machen.

Gedankenlos, nur von einem dumpfen bohrenden Schmerz begleitet, ging Andrej ohne Plan und Ziel, wohin ihn gerade seine Füße trugen, bis er sich unerwartet an einem Orte fand, den er wohl kannte. Er blieb stehen, sich

Abg. Ahlwardt will noch heute einen neuen Antrag überreichen, in welchem er, dem Wunsche des Präsidenten entsprechend, sich auf seine frühere Aeußerungen im Plenum, wie sie das amtliche Stenogramm wiedergibt, bezieht. —

Der vorstehend in Aussicht gestellte Antrag ist von Ahlwardt eingereicht und lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche zu prüfen hat, ob und inwiefern der Inhalt der von dem Abg. Ahlwardt dem Reichstage übergebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen vom 18. und 21. März d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstags und des Bundesraths erhobenen Anschuldigungen rechtfertigt.“

Dieser Antrag, der von sozialdemokratischer Seite entworfen wurde, fand die Zustimmung des Präsidenten, und so steht der Verhandlung desselben in den nächsten Tagen nicht mehr im Wege, vorausgesetzt daß der Abg. Ahlwardt nunmehr die Akten dem Reichstage übergibt. —

Beim Reichstage ist der Gesetzentwurf, betr. die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes auf Helgoland, eingegangen. —

Die Militärvorlage. Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, bemerkt zu der Zeitungsnachricht, von Ruene verhandelt mit dem Reichskanzler wegen eines Kompromisses, auch die Zentrumsfraktion behandle diese Frage: „Das einzig Wahre ist, daß am 15. d. M. eine längere Fraktions-sitzung war, alles Uebrige ist unklar; die Sitzung handelte auch gar nicht über die Militärvorlage, sondern hatte einen ganz anderen Zweck. . . . Die Zentrumsfraktion steht und fällt mit dem wesentlichen Festhalten an ihrer bisherigen Stellung — das ist in dieser Frage das Ceterum censeo (d. h. ihr unabänderlicher Entschluß). — In Tölz (Oberbayern) war in den letzten Tagen Rekrutierung. Nach der Art zu schließen, wie dabei von der Behörde verfahren wurde, richtet sich die Regierung, schreibt unser Bruderblatt, die „Münchener Post“, offenbar, ohne das Votum des Reichstags abzuwarten, auf die neue Militärvorlage ein. Es sind noch niemals so geringe Anforderungen an die Diensttauglichkeit gemacht worden. Leute, welche man noch im letzten Jahre wegen kleinen Wachses oder körperlicher Mängel als untauglich angesehen hatte, wurden heuer genommen. In einigen Gemeinden wurden alle Pflichtigen für tauglich erklärt; aus den drei Gemeinden Rochel, Benediktbeuren und Bichl, in welchen es neben sehr kräftigen Männern doch auch schwächere giebt, von 53 nur 8 zurückgestellt. Sogar ein Hülender, der Schneider ist, wurde zu den Deconomie-Handwerkern genommen; wenn der in Uniform gesteckt und mit der Waffe ausgebildet wird, muß sich das hübsch ausnehmen. Jedenfalls zeigen diese Dinge, daß der Militarismus bereits so auf die Spitze getrieben ist, daß ein Schritt weiter zum Zusammenbruch führt. Und das fühlt das Volk auch. Die allgemeine Stimmung ist eine nichts weniger als frohe. Ein dumpfes Murren und Gähnen geht durch die Bevölkerung, und überall kann man wahrnehmen, wie die sozialdemokratische Versammlung den Leuten die Junge gelöst und ihren halb unbewußten Gefühlen einen bewußten Ausdruck und eine Richtung gegeben hat, die bloß ihre Zeit braucht, um schließlich unumkehrlich zu werden. Wenn die Sozialdemokraten wieder kommen, so finden sie überall dankbare Zuhörer; die Leute legen ordentlich danach, nach all' den windigen Redensarten endlich ein kräftiges Wort rücksichtsloser Wahrheit zu hören. —

Ein praktischer Erfolg. schreibt die „Freisinnige Zeitung“, hat die Militärvorlage bis jetzt allerdings gehabt. Der vielgenannte Major Reim, welcher dem Auswärtigen Amt beigeordnet ist behufs Abfassung von Zeitungsartikeln und Broschüren zur Empfehlung der Militärvorlage, ist zum Oberstleutnant befördert worden. Wenn diese Beförderung eine Belohnung des Eifers sein soll, mit welchem der genannte Herr in den verschiedensten Blättern als Offizions für die Militärvorlage eingetreten ist, dann hat er sie allerdings redlich verdient. Ob freilich Geschick und Erfolg diesem Eifer entsprochen haben, ist eine andere Frage. —

Soldatenfreuden. Aus dem Garnison-Lazareth der Jäger in Wurzen sendet der Rekrut K. seinen Verwandten Nachricht, weshalb er zu Ostern nicht auf Urlaub gekommen ist. Er habe wohl schon den Urlaub bewilligt

bekommen, aber da ihm einige Tage vor Ostern das Trommelfell des rechten Ohres zerschlagen worden sei, befände er sich seit dieser Zeit im Lazareth. Sobald er gesund sei, wolle er den versprochenen Besuch abwarten. Den Vorgang schildert er in dem Briefe wie folgt: Hier ist es üblich, daß die „alte Mannschaft“ die Rekruten erst „einhaut“. Es war mir angedeutet worden, daß ich an einem bestimmten Abend auch meine Siebe bekommen sollte; weshalb, weiß ich nicht. Ich dachte: der erste, der dich angreift, den meldest du. Da ich nicht in die Stube ging, wo ich meine Haut bekommen sollte, wollten mich mehrere „Kameraden“ holen. Als ich mich weigerte mit zu kommen, gab mir einer einen Schlag auf das rechte Ohr, daß das Trommelfell zerplatzte. Darauf trugen mich acht Mann in die Stube, wo ich die mir zugebachten Siebe mit Klospfeischen empfing. Ich konnte nichts machen, als den Vorfall melden, worauf ich in das Lazareth und die „liebevollen Kameraden“ in Unterzuchungshaft kamen. — Dies der wesentliche Inhalt des Briefes. Ob hier auch von den Freunden des Militarismus behauptet wird, daß die Rügeleien und Flegelleien in der Kaserne nur vereinzelt vorkommen? Hier ist deutlich gesagt, daß die Anzeige der Prügeleien sehr vereinzelt vorkommt, wogegen die Prügelei gewissermaßen in Permanenz besteht. Hier scheint man sich wenig an den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen zu halten. Der Rekrut sprach in seinem Brief noch die Hoffnung aus, daß jetzt die Prügelei aufhören wird; das wünschen wir auch, obgleich wir uns bei dem jetzigen Militarismus in einen bleibenden Erfolg nicht verprechen. —

Preussische Gefälligkeiten. Auch die „Germania“ druckt die Mittheilung des „Vorwärts“ ab und bemerkt dazu: „Damit der schlechte Eindruck, den derartige Mittheilungen machen, sich nicht festsetzen kann, wird es gut sein, wenn alsbald eine authentische Aufklärung des hier berührten Vorganges von zuständiger Stelle gegeben wird. Wir halten es für ausgeschlossen, daß eine preussische Behörde den Russen in der behaupteten Richtung Handlangerdienste leistet.“ —

Aus dem Abgeordnetenhause. Die Nationalliberalen ärgern vor der Vermögenssteuer, oder wie sie der sanfte Herr Riquel getauft hat, vor der „Ergänzungssteuer“, so zahn sie auch ist. Die Abgeordneten v. Eynern und Dr. Friedberg haben mit Unterstützung von 85 anderen Abgeordneten zur zweiten Berathung des Entwurfes eines Ergänzungssteuer-Gesetzes den Antrag eingebracht, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Den § 1 des Gesetzentwurfes zu streichen, dagegen seine Bereitwilligkeit zu erklären, in die Berathung eines Erbschaftssteuer-Gesetzes einzutreten und dafür gewisse Grundzüge als Grundlage nehmen zu wollen, welche dem Antrage beigelegt sind. —

Heute kam der Antrag Eynern zur Debatte. Der Antragsteller nannte die Vermögenssteuer eine sozialistische Steuer. Der alte Kommunist a. D. und jetzige Finanzminister wird auf den Stockhaken gelacht haben, als der rheinische Großbürger diese ökonomische Kapriole schnitt. Er erklärte denn auch, seine Steuer bedeute beileibe keine Vermögenskonfiskation und habe kein sozialistisches Färbchen.

Der Antrag Eynern ist denn auch mit allen gegen 80 Stimmen (Nationalliberale und Freikonservative) abgelehnt worden. —

Konferenzen über die industrielle Sonntagsruhe sollen, so wird offiziös berichtet, demnächst einberufen werden. Es liege in der Absicht der Regierung, Vertreter der einzelnen an den Ausnahmen von den allgemeinen Sonntagsruhe-Bestimmungen für Industrie und Handwerk interessirten Gewerbezweige zu Konferenzen nach Berlin zu berufen. In diesen Konferenzen sollen die Bedenken, welche bei der Inanspruchnahme von Ausnahmebewilligungen entstanden sind, einer Erörterung unterworfen und es sollen die in der Praxis stehenden Delegirten veranlaßt werden, Aufklärungen über die einzelnen in Rede stehenden Arbeiten zu geben, für welche solche Ausnahmen gewünscht werden. Dem Vernehmen nach dürfte man demnächst mit der Einberufung der ersten dieser Konferenzen vorgehen. — In dieser wichtigen Frage werden, wie dies sich geziemend im Reiche des praktischen Christenthums, nur Unter-

hilfe im Polizeidienste. Beide waren unbedeutend, äußerst verächtlich, Muster ihrer Gattung. Aber was that dies? Sie gehörten doch beide jener Gattung an und waren im Bereiche seiner Hand. Als er sie sich nähern sah, überkam ihn ein Heißhunger nach Rache und setzte sein Blut in Wallung. All' die sorglosen Reden und Vorschläge seiner heißköpfigen Freunde, von Watajko's Typus, welche er so energisch am vorhergehenden Abend zurückgewiesen, schienen nun in seiner eigenen Seele mit den gleichen Tönen und Worten einen Widerhall zu wecken. Diesmal aber waren sie überzeugend. Der Haffter seines Revolvers bewegte sich von selbst vorwärts, der Griff seines Dolches drückte verlangend an seine flache Hand. Ein Angriffsplan vollendete sich von selbst augenblicklich in seinem Kopfe, ohne daß sein Wille theil daran nahm. Glücklicherweise war seine Verwirrung noch nicht ganz zum Schweigen gebracht. Er sprang von dem Prellsteine auf, und ging, ohne sich umzudrehen, schnell weg, denn er fürchtete, wenn die Leute im Bereiche seines Armes sich befänden, der thörichten Versuchung nachzugeben.

Nein, er hatte seinen Nerven zu viel zugemüht. Wenn der Publik dieser beiden kleinen Wichte ihn in solch' hohem Grade erregte, was würde dann erst geschehen, wenn er der Hinrichtung beimohte. Er würde sich sicherlich auf irgend eine Weise verrathen. Besser war es, überhaupt nicht hinzugehen, als sich dem auszufehen. Wozu auch? Es würde sich schon eine Gelegenheit finden, die Einzelheiten wenigstens einer Hinrichtung ganz in der Nähe zu sehen — nämlich seiner eigenen, wenn an ihn die Reihe kam. Früher aber war er wirklich nicht geneigt, auch nur einen einzigen Tag daran zu geben, der ihm vom Schicksal zur Theilnahme am Kampfe zugestanden war.

Er entschloß sich zu geben, ohne Unterlaß zu gehen, bis die für die Hinrichtung festgesetzte Zeit verstrichen wäre, dann wollte er zu dem Hauptquartier zurückkehren.

(Fortsetzung folgt.)

Während diese Dinge sein Gehirn durchzogen, erschienen in einiger Entfernung ein Paar von den „Schurken“, an die er dachte, durch die Straßen patrouillirend. Einer von ihnen war ein Offizier, der andere ein untergeordneter Ge-

unabhängigen. Die Straße ward von zwei Reihen großer, weißgetüncheter Häuser gebildet. Ein seitwärts führendes Gäßchen lag zu seiner Linken, und unten konnte man die vorstehende Ecke einer anderen Straße sehen. Etwas weiter ab lag der Stadtgarten. Dies war der Ort, an dem sie den Streich hatten führen wollen. Er kam dort hin, er wußte nicht wie. Gestern erst war er voller Hoffnung gewesen, um das Terrain mit eigenen Augen nochmals zu prüfen, bevor er die Leute zum Kampfe führen sollte.

Nur einige Stunden waren seitdem vergangen, und doch erschien ihm jetzt Alles wie ein unbestimmter ferner Traum. Aber es war kein Traum, sondern eine furchtbare Wirklichkeit!

Er setzte sich auf einen Prellstein und gab sich verzweifelten Gedanken hin. Wie ganz anders wären seine Gefühle an diesem Orte und zu dieser Stunde gewesen ohne jenen unglücklichen Zufall! — Was konnte die Ursache jener Explosion sein, die alles zerstörte? Zufall oder Unvorsichtigkeit? Wahrscheinlich Unvorsichtigkeit. Der Mann hatte sich gewöhnt, mit seinem kostbaren Stoffe umzugehen, als ob er nichts weiter als Teig gewesen wäre! In der Eile der letzten Stunden war er wohl noch sorgloser als je gewesen.

Andrej brachte es in diesem Augenblick nicht über sich, strenge mit ihm ins Gericht zu gehen; er war zu traurig, um etwas anderes als Mitleid mit ihm zu empfinden. Armer Mann! Er wünschte ihm den Tod. Schrecklich mußte es für ihn sein, sich als die unfreiwillige Ursache eines so furchtbaren Zusammenbrechens aller Pläne zu wissen. Abgesehen davon konnte er das Mißgeschick haben, seine Verwundungen zu überleben, und dann würde er in einem Monat gehängt werden. Oyster! Oyster! Nichts als Oyster! Die Schurken haben nicht Zeit, eine Gruppe hinzumorden, und schon hat sich eine andere gebildet aus den Besten und Edelsten.

Während diese Dinge sein Gehirn durchzogen, erschienen in einiger Entfernung ein Paar von den „Schurken“, an die er dachte, durch die Straßen patrouillirend. Einer von ihnen war ein Offizier, der andere ein untergeordneter Ge-

nchmer vernommen, nicht etwa die Vertreter der organisierten Arbeiterchaft. Die Sonntagsruhe ist viel zu wichtig für die Proletarier, als daß man sie nicht dabei übergehen sollte.

Fusangel wird nicht Mitglied der Zentrums-Fraktion. Er hatte sich mit einem Schreiben, über dessen Inhalt allerdings nichts mitgeteilt wird, an die Fraktion gewendet. Diese hat einstimmig beschlossen:

„Die Zentrums-Fraktion des Deutschen Reichstages hat von der Erklärung des Herrn Abgeordneten Fusangel, d. d. Bochum, den 6. April er., Kenntnis genommen. Wenn die Fraktion auch gern den gemäßigten und entgegenkommenden Charakter dieser Erklärung anerkennt, so macht es ihr doch die Art und Weise, wie die Kandidatur des Herrn Fusangel im Wahlkreis Arnberg-Olpe-Meschede, im bewussten Gegensatz zur Zentrums-Fraktion und ihrer Leitung, aufgestellt und durchgeführt worden ist, unmöglich, Herrn Fusangel unter ihre Mitglieder aufzunehmen.“

Fusangel bleibt also „Wild“. Die Fraktion hat dann aber auch die Pflicht, Schädlichkeiten ihrer Leute gegen Fusangel (Verweigerung des Urlaubs zum Reichstage) offiziell zu desavouieren. Geschieht dies nicht, so liegt der Vorwurf für immer auf ihr, daß sie sich mit derartigen Unanständigkeiten einverstanden erklärt. Fusangel hätte besser und männlicher gehandelt, wenn er überhaupt auch nur auf den Versuch verzichtet hätte, mit der ihn boykottenden Partei zu kompromittieren. Seine Wähler haben ihn als Gegner junkerlicher und militaristischer Interessen gewählt. — Wie der „Reichsbote“ meldet, ist Fusangel heute im Reichstage erschienen. —

Die zweite hessische Kammer wird bei ihrem Zusammentritt am 25. April Gelegenheit haben, zu bekunden, daß alle Hessen vor dem Gesetze gleich sind. Unser Parteigenosse Simon Rahenstein in Gießen ist bekanntlich von dem dortigen Kreiskammerrath, an das er sich zwecks seines Vorbereitungsdienstes, der zur Ablegung des Staatsexamens notwendig ist, wandte, abschlägig beschieden worden, weil er der sozialdemokratischen Richtung angehöre. Eine Beschwerde an das hessische Ministerium mit dem Versprechen, während des Verwaltungsdienstes sich jeder agitatorischen Thätigkeit zu enthalten und für später nicht im Verwaltungsdienste bleiben zu wollen, hatte keinen Erfolg. Der Gemahregelte hat sich hierauf mit seiner Beschwerde an die Kammer gewandt, und der Ausschuss derselben hat sich für seine Zulassung ausgesprochen, ob aber die Kammer mit ihrer liberalen Mehrheit diesem Beschlusse beitreten wird, ist noch sehr fraglich. Sie müßte denn einen besonders guten Tag haben. —

Edler Wettstreit. Hat Kaiser Friedrich den Antisemitismus „eine Schmach für unsere Zeit“ genannt oder nicht? Das ist die Frage, worüber die um Stöcker, Hammerstein, Engel und die um Mosse, Cohn und Lessing erbittert kämpfen, mit Zeugnisaussagen, Urkunden, Briefen und Reden. Einen vorzüglicheren Beleg für den jämmerlichen Tiefstand der politischen Bildung und des politischen Charakters unserer Bourgeoisie als diesen Streit um des Kaisers Bart könnte der galligste Satiriker nicht ausfinden. Als ob der freundliche oder feindliche Ausdruck eines Potentaten große soziale Strömungen in ihrem Laufe aufhalten oder ablenken könnte! —

Das Bismarck-Denkmal liegt der „National-liberalen Korrespondenz“ am Herzen. Daß es auch noch immer nicht ausgerichtet ist! Eine Million Mark ist dafür zusammengezeichnet worden. Aber giebt es nicht einen Ausweg? Ein Denkmal dauernder als Erz werden sich die Fechtbrüder im Herzen des Altreichskanzlers erichten, wenn sie ihm den schönsten Mammon so zu sagen in puris naturalibus, splinteract, nicht in monumentale Form umgemünzt, stiften. Solch ein Denkmal ist keine marktgängige Waare, es hat keinen Börsenkurs und steht nichts an als höchstens ein bißchen Patina. Schenke man doch dem sparsamen Fürsten die Million, er wird sie auch ohne seinen Reinach-Bleichröder gut anzulegen wissen. —

Schweizerisches. In einer Anzahl Kantone wird den Militärsteuerpflichtigen, welche die Ersahsteuer nicht entrichten, hierfür eine gewisse Arbeitsleistung für den Staat oder eine Freiheitsstrafe auferlegt; sie müssen die Steuer „abverdienen“ oder „abföhnen“. Das Bundesgericht hat nun in einem Rekursfalle dieses Verfahren für unzulässig erklärt, da es dem Schlusssatz des Artikels 59 der Bundesverfassung („Der Schuldverhaft ist abzuschaffen“) zuwiderlaufe. Es handelte sich um einen Fall in Vaud; dem Ersahpflichtigen, welcher eine Steuer von 8 Fr. 90 Rp. nicht entrichtete, wurde vom Regierungsrath eine Haft von 2 1/2 Tagen auferlegt. Der Staatsrath von Vaud machte in der Beantwortung des Rekurses geltend, der Pflichtige verweigere böswillig die Zahlung; die Haft sei eine Strafe hierfür, nicht das Äquivalent der rückständigen Steuer. Das Bundesgericht aber sagt in den Erwägungen seines Urtheils: „Mag das Motiv der Haft sein, welches es wolle, mag auch der Wunsch vorgelegen haben, die vom Staatsrath namhaft gemachten Mißbräuche zu unterdrücken, so müssen doch diese Opportunitäts-Erwägungen schweigen vor dem in Art. 59 der Verfassung niedergelegten Grundsatz. Dieser lautet absolut und duldet keine Ausnahme. Wenn die Militärsteuer wirklich als eine Steuer aufgefaßt werden soll, so darf ihre Eintreibung nicht auf dem Wege eines körperlichen Zwanges erfolgen. Das ist die einzige mit dem unabweidlichen Wortlaut des genannten Artikels zu vereinbarende Auslegung, und der Rekurs muß darum für begründet erklärt werden.“ — Die bernische Verfassungsrevisions-Kommission beantragt für die vielbesprochene, aus dem Falle Steil bekannte Gesetzesformel eine Fassung, deren Eingang lautet: „Ich gelobe auf meine Ehre und Gewissen“; Schlusssatz: „die Pflichten meines Amtes getreu zu erfüllen.“ —

Die Pariser Gemeindevahlen. Die am 16. April stattgehabten Wahlen ergaben Folgendes: Von 507 495 eingeschriebenen Wählern haben, wie der „National-Zeitung“ aus Paris gemeldet wird, 355 286 gestimmt. Gewählt wurden 16 Ultraradikale, 7 Radikale, 5 Possibilisten, 2 Blanquisten, 12 Konservativ, letztere wurden sämtlich in ihren Stadtvierteln wiedergewählt. Die 38 Stichwahlen werden zweifellos zu Gunsten der bisherigen Gemeinderäthe ausfallen, welche überall die meisten Stimmen erhalten haben. Wie

vorausgesehen, wird der neue Pariser Gemeinderath dieselbe Zusammensetzung aufweisen, wie der alte. —

Der Dockarbeiter-Ausstand von Hull wird am 17. April das Unterhaus beschäftigen. John Burns (Sozialist) hat für seinen darauf bezüglichen Antrag die nöthigen Unterschriften gefunden. —

Serbisches. In der „Bosnischen Zeitung“ liest man: „Als interessante Einzelheit zum Staatsrecht verdient merkt zu werden, daß von der Garnison Belgrads nur die 132 Mann starke Unteroffizierschule die Befehung der Wohnungen der Minister, Regenten und der Telegraphenämter vornahm. Der Kommandant derselben war der einzige Offizier, dem man Vertrauen schenkte und einige Stunden vorher den unwahrscheinlichen Plan mittheilte. Der Kommandant der Schule ist ein früherer preussischer Offizier und seit Jahren in serbischen Diensten, Hauptmann Sturm, der seinen Namen aber in Jurisdiktisch umgeändert hat.“ Das heißt, aus dem Interessanten ins gewöhnliche Deutsch übersetzt, der Einzige, den die Staatsrechtler zu ihrer Revolution von Oben als Handlanger gebrauchen konnten, war ein „früherer deutscher Offizier“, der als Landsknecht ohne weiter zu fragen sich in einem Verfassungsbruch bewähren läßt. Ein großes Kompliment für — die serbischen Offiziere! —

Die Wahlrechtsbewegung in Belgien.

Bei der großen politischen wie sozialen Bedeutung der belgischen Vorgänge hat der „Vorwärts“ es für notwendig erachtet, einen Spezial-Berichterstatter nach Belgien zu senden, der unsere Leser über den Gang der Dinge auf dem Laufenden halten wird. Auf diese Weise wird es gelingen, die Zustände sachlich und unbefangen darzustellen. Unser Berichterstatter hat die Aufgabe, das was ist objektiv zu ermitteln und zu melden.

Vorläufig geben wir im folgenden noch das, was bürgerliche Blätter und die außerordentlich tendenziösen Depeschendirektoren berichten.

(Wolff's Tel.-Bur.) Brüssel, 15. April. Der Bürgermeister hat einen Aufruf anhängen lassen, in welchem er alle friedliebenden Einwohner auffordert, ihre Wohnungen nicht zu verlassen, um auf diese Weise zur Unterdrückung der Ruhestörungen beizutragen. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Jolimont kam es dort gestern zwischen Gendarmen und den Streikenden zu einem Zusammenstoß, bei welchem drei der Streikenden verletzt wurden; eine Frau wurde durch eine zurückprallende Kugel getödtet.

(W. L. B.) Brüssel, 16. April. Der Bürgermeister Buis wurde in der Avenue Louise am Schluß eines auf der Straße abgehaltenen sozialistischen Meetings von einem der Teilnehmer erkannt und durch einen Schlag mit einem mit Blei gefüllten Rohrstock verletzt. Der Bürgermeister fiel in Ohnmacht und blutete stark, so daß er sofort nach seiner Wohnung geschafft werden mußte. Der herbeigerufene Arzt empfahl absolute Ruhe. Die Polizisten und Gendarmen eilten sofort nach Bekanntwerden des Attentats hinzu und hieben auf die Manifestirenden ein, welche mehrere Revolvergeschosse abgaben. Ein Sozialist wurde verwundet, zwei Personen wurden verhaftet. Heute ist der Zustand des Bürgermeisters Buis zufriedenstellend; die Verwundung ist nicht schwer und der Bürgermeister nicht genöthigt, das Bett zu hüten. Er hofft, in einigen Tagen seine Funktionen, die inzwischen der Schöffe André vertritt, wieder übernehmen zu können.

Herr Buis brutalisiert als ächter Bourgeois und Hausknecht der Herrschenden die Arbeiterchaft, wo es nur angeht. Auch jetzt drangsalirt er die Anhänger des allgemeinen Stimmrechts auf das Infamste, indem er alle Ansammlungen von mehr als 5 Personen auf der Straße, alle Versammlungen in geschlossenen Lokalen, alle Aufzüge und Kundgebungen verboten hat.

Wolff's Telegraphen-Bureau meldet: Brüssel, 17. April. Der Zustand des Bürgermeisters Buis ist zufriedenstellend; die Verwundung ist nicht schwer und der Bürgermeister nicht genöthigt, das Bett zu hüten. Derselbe hofft in einigen Tagen seine Funktionen wieder übernehmen zu können. — In der Stadt herrschte am Abend sehr viel Bewegung, ohne daß die Ruhe gestört wurde. Bei einigen unbedeutenden Ausläufen wurden Verhaftungen vorgenommen. Man nimmt an, daß keine Ruhestörungen mehr eintreten werden. Mehrere Regimenter bleiben jedoch in den Kasernen konfignirt. (Depeschend-Bureau „Herold“) Brüssel, 17. April. In Verdiers seien 25 000 Arbeiter, 136 Fabriken sind geschlossen. Der „Patriot“ veröffentlicht einen langen Artikel gegen die französischen Sozialisten, welche die belgischen Arbeiter aufwiegen. Das Blatt schreibt: „Wenn Frankreich sich in die inneren Angelegenheiten Belgiens mischen sollte, so würden auch andere Mächte dies zu thun versuchen und der Krieg würde alsdann unvermeidlich sein.“

Der „National-Zeitung“ schreibt ihr Brüsseler Berichterstatter unterm 16. d. M.: „Die Lage mag vielleicht schlimmer erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Dieser Anschein ist aber jedenfalls geeignet, ängstliche Gemüther in hochgradige Besorgniß zu versetzen. Brüssel gleicht seit drei Tagen, sobald die Dunkelheit hereingebrochen ist, einer eroberten oder im Aufbruch befindlichen Stadt. Während des Tages ist keine oder doch nur eine geringe Veränderung des Straßenbildes bemerkbar. Sobald es aber zu dunkeln beginnt, kommen die Bataillone der Bürgerwehr heranzumarschirt und verteilen sich über die verschiedenen bedrohten Stadtviertel. Sämtliche Läden in der inneren Stadt, die sonst bis 10 Uhr hell erleuchtet sind, werden schon um 7 Uhr geschlossen, und auf den Straßen herrscht infolgedessen ungewohnte Dunkelheit. Nur die Hauptstraßen bleiben dem Verkehr freigegeben, alle Seitenstraßen sind an beiden Enden durch je eine Kompanie Bürgerwehr abgesperrt und dürfen nur von den mit einem Paßscheine versehenen Bewohnern betreten werden. Die Bürgerwehr hat ihre Bajonette aufgespiant, und jeder Mann hat 8 schwarze Patronen in der Patronentasche. Auf den dem Verkehr freigegebenen Hauptstraßen stehen in kurzen Abständen Abtheilungen der Bürgerwehr mit Gewehr bei Fuß. Die Börse, das Rathhaus, die abgesperrte Galerie St. Hubert und mehrere andere Gebäude sind von Soldaten, alle Plätze von berittener Gendarmen besetzt. Mehrere Theater sind geschlossen, in anderen wird vor leeren Plätzen gespielt. Die Hotels sind leer; seit drei Tagen sind fast alle Fremden abgereist. Der Bürgermeister hat an die ordnungsliebenden Bürger den Rufus ergehen lassen, mit einbrechender Dunkelheit sich nach Hause zu begeben, damit Polizei und Bürgerwehr nur mit den Ruhestörern zu thun haben und gegen dieselben mit aller Energie vorgehen können. In dem Viertel, wo sich das sozialistische Vereinshaus befindet, müssen um 9 Uhr alle die Wirtschaften geschlossen werden, und in der ganzen Stadt ist von 9 Uhr an der Zeitungsvorlauf auf den Straßen verboten. Das sozialistische Vereinshaus wurde abgesperrt und militärisch besetzt, und der Generalrath der Arbeiterpartei und der permanente Streikauschuß mußten ihr Hauptquartier in das am Rathhausplatz gelegene Schwannenhof verlegen.“

Man sieht, Herr Buis und seine Auftraggeber provozieren die Arbeiter so schiel wie möglich, sie wollen einen Putz, um mit Säbel und Flinten gegen den Sozialismus anzukämpfen zu können. Der Korrespondent der „National-Zeitung“ meldet noch:

„In der Provinz greift der Ausstand in bedenklicher Weise um sich. In Gent haben 25 000 Sozialisten die Arbeit eingestellt, darunter alle Arbeiter des königlichen Arsenales. Der Bürgermeister von Gent lehnte angeichts der ersten Lage die Verantwortlichkeit ab und übertrug den Oberbefehl über die Bürgerwehr dem kommandirenden Divisionsgeneral der aktiven Armee. Im Borinage soll die Zahl der ausländischen Bergleute bereits auf 50 000 gestiegen sein; die belgischen Bergleute suchen durch Drohungen auch die noch arbeitenden Bergleute zum Ausstand zu zwingen. In La Croixville drangen die Sozialisten in die Pistor'schen Holzwerke ein, beschädigten die Maschinen und trieben die Arbeiter unter Mißhandlungen aus den Arbeitsräumen; in Wasnam versuchten sie die Porzellanfabrik und die Gasfabrik in Brand zu stecken. Im Lütticher Becken wird die Zahl der Ausständigen auf 30 000 geschätzt, darunter viele Metallarbeiter; im Kohlenbergwerk zu Homont wurde gestern ein bedeutender Dynamitdiebstahl entdeckt. Das Mittelbecken, wo der Ausstand erst seit Freitag Eingang gefunden hat, war gestern der Schauplatz blutiger Ereignisse. In Jolimont wurden acht berittene Gendarmen von einer tausendköpfigen Bande angegriffen und waren genöthigt, Feuer zu geben, wobei drei Sozialisten verwundet und eine Frau getödtet wurden. Aus Antwerpen und Brüssel wurden größere Truppenabtheilungen mit Getreidewagen in die bedrohten Provinzen befördert.“

Auch in der Provinz also sucht die Regierung Krawalle und Unruhen künstlich zu erzeugen; das zeigt sogar dieser eben angeführte partielle Berichterstatter.

In der „Bosnischen Zeitung“ liest man: Die Arbeiterführer verwerfen das Wahlsystem nach dem Antrag Russens (dieses Wahlsystem giebt 1 200 000 Bürgern eine Stimme; eine Mehrstimme erhalten 365 000 Familienväter, 275 000 Eigenthümer und Rentner und 80 000 sogenannte „Kapazitätswähler“, so daß bei jeder Wahl ungefähr 1 900 000 Stimmen abzugeben wären), erklären den Kampf fortsetzen zu wollen, bis das allgemeine gleiche Stimmrecht errungen ist, und der Center „Vooruit“ bezeichnet den Bruch zwischen der Bourgeoisie und den arbeitenden Klassen als einen vollständigen, seitdem auch die äußerste Linke dem Pluralwahlsystem zugestimmt hat. Ob die Arbeiter die Nacht haben, den Kampf bis zum äußersten zu führen, ist allerdings eine schwer zu beantwortende Frage. Einstweilen nimmt der Generalausstand zu; heute treten auch die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi in die Bewegung ein, und in einer im Brüsseler Volkshaus stattgefundenen Versammlung erklärten am Sonnabend die Arbeiterführer, daß von Montag ab gegen 100 000 Bergarbeiter, 40 000 Metallarbeiter und alle Steinbrucharbeiter im Ausstand sein würden. Wegen dieser Klassen, zu denen noch die Arbeiter in den großen Städten kommen, reichen die militärischen und politischen Kräfte Belgiens nicht aus, und es ist zu fürchten, daß die Ausschreitungen immer ärger werden, daß die Bewegung einen direkt revolutionären Charakter annimmt, den sie im Grunde genommen ohnedies besitzt.“

(W. L. B.) Brüssel, 17. April. In dem Becken von Charleroi streiken 20 000 Bergarbeiter von 30 000. Die Hüttenarbeiter und Glasarbeiter setzen die Arbeit fort. In Grammont gestern Abend im Café Hollandais ein heftiger Zusammenstoß zwischen den Streikenden und Gendarmen statt, welche in das Café einbrangen. Zwei Gendarmen und eine große Anzahl von Manifestanten wurden verwundet, darunter mehrere schwer. — Der Gemeinderath genehmigte nach sehr lebhafter Debatte die anfängliche der jüngsten Ruhestörungen von dem Bürgermeister erlassenen Verfügungen und beschloß, die Polizei, die Gendarmen und die Bürgergarde zu der Unterdrückung der Ruhestörungen zu beglückwünschen. Ferner wird sich der Gemeinderath in corpore zu dem Bürgermeister Buis begeben, um diesem seine Glückwünsche auszusprechen. — Der Gouverneur von Brabant berief sämtliche Bürgermeister der Ostschalen in der Umgebung von Brüssel und forderte dieselben im Namen der Regierung auf, alle Manifestationen innerhalb ihrer Reichsbildgrenzen zu verbieten. Die Bürgermeister erklärten sich mit dieser Maßregel einverstanden.

Die soeben eingetroffene Ausgabe der bürgerlich-liberalen „Réforme“ vom 17. April schreibt: Der Mann, welcher Buis verwundet, war ein Bourgeois im „Seidenhut.“ Unter Genosse Bolders, so berichtet dasselbe Blatt, der sich unter den Demonstranten befand, rief aus Leibeskräften: „Thut das nicht! Thut das nicht!“ Er war bemüht, Ruhe zu schaffen.

Die die Polizei vorgeht. Ein Arzt, der mehrere Verwundete verbunden hat, meldet die „Réforme“, erklärt, daß alle von der Polizei und den Gendarmen Verwundeten die Verletzungen im Nacken oder im Rücken haben, was beweist, daß sie von hinten angegriffen worden sind, auf der Flucht.

Die Gegner der Wahlreform bemühen sich, durch verlogene, aufgepuffte, übertriebene Nachrichten die Bewegung für das allgemeine Stimmrecht zu diskreditiren. Man nehme alle diese Mittheilungen der Depeschendirektoren und der Bourgeoiszeitungen mit der allergrößten Vorsicht auf!

Gestreift wird jetzt auch in Alost, für heute wird der Ausstand erwartet in Fléron. Im Kohlenbecken Borinage ist die Noth groß. Kann es anders sein? In Cuesmes empfing am Sonnabend ein Familienvater für vier Arbeitstage 4,24 Mark Lohn! Die Streikenden werden drangsalirt; viele Verhaftungen werden vorgenommen.

Bei der Bürgergarde in Mons haben Wahlen stattgefunden. Eine Kompanie hat trotz aller Bemühungen der Chefs der Bürgerwehr verschiedene sozialistische Chargierte, darunter einen Offizier, gewählt. Mons befindet sich geradezu im Belagerungszustande.

Brüssel, 17. April. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“). Hier war heute alles ruhig. Morgen wird in der Kammer über die Wahlreform entschieden. Der „Peuple“ berechnet die Gesamtzahl der Streikenden auf 250 000. — In Mons kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Bürgergarde und den Streikenden, als eine Gruppe manifestirender Arbeiter die Sperrelinie zu durchbrechen suchte. Die Bürgergarde schoß ohne vorherige Warnung auf die Arbeiter, von denen sieben getödtet und 27 verwundet wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Herzberg. Der Bericht wird aufgenommen. Besten Dank! Pirat. Anonyme Zuschriften berücksichtigen wir nicht. Diskretion selbstverständlich. Kommen Sie auf unsere Redaktion zwischen 10 und 1 Uhr oder zwischen 5 und 7 Uhr.

F. C. Da die betreffende Versammlung keine Verehrungsversammlung ist, haben auch Frauen Zutritt.

E. A. Der Herr Schw. ist so viel Aufhebens nicht werth; übrigens ist und der Lebensgang dieses faulernen Patrons hinreichend bekannt.

R. W., Rudolfsstadt. Aus den Mitteln der Zentralkasse werden für den angegebenen Zweck keine Gelder gegeben, sind solche auch nicht verlangt worden. Ob die total organisierten Genossen um Hilfe angegangen sind, ist und unbekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.
Dienstag, den 18. April
Opernhaus. Fidele.
Neues Theater. Wasantafena.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Festung-Theater. Die Bohème.
Wallner-Theater. Sodoms Ende.
Kroll's Theater. A Santa Lucia.
Resdeny-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Thomas-Theater. Der Herzogsmüller.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Die Konfessionen.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Bene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 17. Male:
Goldlotte.
Singspöcke in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Completts theilweise v. G. Görs.
Musik von G. Stollens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Ter. Hof von Oscar Wagner.
(Klemm-Edel, Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Instrumentalist Deller.
Unser Helgoland.

Castan's Panopticum.
Große Ausstellung.
Akka - Zwerginnen.
Neue Illusion: Lotosblume.
Andere Illusionen.
Fantoche-Theater.
Castan's Irrgarten. Schrockenskammer.

Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal:
Neu!
Lebende Bilder.

Etablissement Buggenhagen.
Morph-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittags-Tisch. Spezial-Ausgang von Vahner-Hofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Besichtigungen etc.
Empfehle meine Destillation, Weis- und Baitisch-Vielokal.
W. Grubo,
Mariendorfer- u. Solmsstrassen-Gde.
Der Stat.-Club „Einigkeit“ tagt alle Sonnabend Abend bei W. Grubo. Einige Mitglieder finden noch Aufnahme.
Charlottenburg.
Freunden und Bekannten empfehle mein neu eröffnetes Weis- u. Baitisch-Bier-Lokal Kremmelstrasse 63. 84026
Hermann Partenheimer.

Circus Renz.
(Rathstraße.)
Dienstag, den 18. April,
Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumen-Corso.
Grosses Brillant-Feuerwerk.
Auerdem: **Mr. James Mills** mit dem Schulpferde **Germinal**. Konkurrenzschule, ger. v. d. Damen Fr. Clotilde Hager und Oceana Renz. Hippol. Potpourri von 40 der edelsten Freireitpferde, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz etc.
Morgen, Mittwoch: **Ein Künstlerfest.**
Schluss der Saison am 2. Mai. Nur noch einige Aufführungen von „Ein Künstlerfest“. Bilet-Vorkauf an der Birtuskasse u. beim „Invalidentant“, Marienstrasse 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Neu! Die lustige Neu! **Schwiegermutter.**
Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio**, sowie Auftreten von **12**
f. Berlin neuen Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Gewerbe- und Industrie-Ausstell.
im Equitable-Gebäude.
Eingang an der Leipziger nahe Friedrichstraße. 4021L.
Grosse Schaustellung von hervorragenden Erzeugnissen des Gewerbes und der Industrie.
Eintritt 25 Pf.
Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr Abends.

Achtung!
Genossen d. 6. Wahlkreises.
Stimmbegabte Genossen, welche einem neugegründeten, streng auf dem Arbeiterstandpunkt stehenden Gesangsverein beizutreten gewillt sind, werden ersucht, sich Donnerstags Abend pünktlich 9 Uhr bei **Meißner, Gartenstr. 162**, einzufinden. 83936

Roh-Tabak H. Herholz
alte Nummer **Brunnenstr. 145**
188 jetzt neue Nummer **188.**

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Cröpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franks!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.
Die dem Maler **Malich** zugefügte Beleidigung nehme ich zurück. 83976
Jean Dobenschild.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Anna Farmuszkiewicz** geb. **Kühl** nach langen schweren Leiden am Sonntag, den 16. d. M., Vorm. 8 1/2 Uhr, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. d. M., Nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause Reichenbergerstrasse 127, nach dem Emmaus-Kirchhof (Brig) statt.
Der trauernde Gatte.

Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Bruders, des Destillateurs **Albert Zimmermann** sage allen Freunden und Bekannten, besonders dem Gesangsverein „Deutsche Eiche“ sowie auch dem Prediger Herrn **Lahms** meinen tiefgefühltesten Dank.
Carl Zimmermann als Bruder.

Unserm Kollegen und Genossen **Wihelm Leutz** zu seinem 83. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch!
Die Kollegen von **Obe und Unne**. Wir haben den richtigen (Koblenzer) 83985) Durst.
Du kannst gleich Zigarren mitholen.

Textilarbeiter-Verband.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 15. d., verstarb unser Kollege, der Weber **August Tamur**.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 84006
Der Bevollmächtigte.
Sammelpunkt 2 Uhr im Restaurant des Herrn **Krause**, Landberger Allee Nr. 151 (gegenüber der Tischlerstraße).

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 16. April, Morgens 8 1/2 Uhr, verschied an der Lungenentzündung unser treuer Kollege, Freund und Genosse, der Schriftsetzer Herr **August Lüttke**.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Seine Freunde
der **Simon'schen** Offizin.

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen, Freunden und Bekannten die tiefertraurige Nachricht, daß am Sonntag, den 16. April, Morgens 8 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Sohn, Schwiegersohn und Bruder, der Schriftsetzer **August Lüttke** im 89. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des neuen Louise-Kirchhofes, Hermannstraße in Rixdorf, am Mittwoch, den 19. April, Abends 6 Uhr, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Gesangv. Berl. Typographia.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, Kollege **August Lüttke** am Sonntag, den 16. April, plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. April, Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Louise-Kirchhofes, statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder, hauptsächlich der aktiven, ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz **Blöck** verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 18. April, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Havelbergerstrasse 4, aus statt. 286/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann:
Joseph Buchmann,
Willibald Alexistrasse 89.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Bauarbeiter **Emil Rieck** im 31. Lebensjahr nach langen, schweren Leiden am Sonntag, den 16. April, früh 1 1/2 Uhr, an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzkirchhofes (Mariendorf) aus statt. Um stille Beileid bitten die betraübten Eltern und Geschwister 8401b
Selterhoff, Arndstr. 31.

Sonntag Abend 8 1/2 Uhr verstarb plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann und Vater, der Tabakschneider **Ferdinand Schulz** am Herzschlag.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 20. April, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Münchbergerstr. 17, nach dem St. Georgen-Kirchhof, Landberger Allee, statt.
Frau **Wwe. Schulz** geb. **Wöbe**, nebst Sohn.

Dankagung.
Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Superintendenten **Przyode**, dem Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maler, dem Verein der Berliner Weibier-Wirtche, und dem **Bredow'schen** Quartett meinen innigsten Dank. 8387b
G. Raasch, Ritterstr. 116.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
General-Versammlung
Donnerstag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr,
Benthstraße 22, 1 Tr.
Tages-Ordnung: 1. Ungerechte Urtheile. Referent: Reichstags-Abgeordneter **A. Stadthagen**. 2. Diskussion. 3. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Abrechnung des Kassiers und Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
870/8

Große öffentliche sozialdemokratische Versammlung
des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Dienstag, den 18. April 1893, Abends 8 Uhr, in den Kontordia-Festsälen, **Andreasstr. 64.**
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Situation. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer**. 2. Diskussion. 3. Wahl von 3 Delegirten für den Parteitag der Provinz Brandenburg.
Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. 849/5*
Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Achtung!
Grosse Volks-Versammlung
Dienstag, den 18. April,
in der Kronenbrauerei, **Alt-Moabit 47/49.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau **Bähler** aus Hamburg über: „Was wird der Befreiungskampf des Proletariats den Frauen bringen?“ 2. Diskussion.
Die nächste Versammlung, in der Frau **Bähler** referirt, findet Mittwoch, den 19. April, im Lokale **Sanssouci**, Rottbuscherstr. 4a, statt.
Zu zahlreichem Besuch, besonders der Frauen, ladet ein
Die Frauen-Agitations-Kommission.
156/17

Berliner Streik-Kontrollkommission.
Freitag, den 21. April, Abends präz. 8 1/2 Uhr:
Deffentliche Versammlung der Delegirten
im Restaurant **Ehrenberg**, Anzstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Der Schneiderstreik. 2. Die Zentralisirung der Arbeitsnachweise und Verbergen. (Antrag **Dost**, Drechsler.) 3. Umänderung der Berliner Streik-Kontrollkommission.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
274/6] **J. A.: Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 6, Hof part.**

Große öffentliche Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung
am Dienstag, den 18. April ex., Abends 8 1/2 Uhr,
bei **Martens, Friedrichstrasse 236.**
Tages-Ordnung:
1. Die Errungenschaften der diesjährigen Lohnbewegung und wie halten wir dieselben fest? Referent: **J. L. i. m. m.** 2. Diskussion und Beschlußfassung über das weitere Vorgehen.
Ersucht aller Kollegen und Kolleginnen, sowie der Frauen der Hausarbeiter ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
Bewilligt hat: **Franz Bocho**, Oranienstraße 159.
Die Lohnkarte der geregelten Geschäfte sind im **Arbeitsnachweis-Bureau**, Schützenstr. 18/19 (Restaurant **Freggang**), zur Einsichtnahme seitens der Kollegen ausgelegt.
Die Agitations-Kommission.
819/16

Verein d. Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Donnerstag, den 20. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Philipp**, Rosenthalerstr. 38:
Große General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegirten von der General-Versammlung. 2. Diskussion. 3. Wahl des Hauptvorstandes und der Revisoren. 4. Bericht und Wahl der Lokalverwaltung und der Revisoren.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir um zahlreichen Besuch.
Die Verwaltung Berlin.
208/16

Gr. öffentliche Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher und verw. Berufsgenossen.
am Mittwoch, d. 19. April, Abends präz. 8 1/2 Uhr,
in den **Armin-Hallen**, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei **Gross & Graf**, Louise-Ufer 44. 2. Vortrag über Feudalismus und Junftwesen. Referent: Herr **Dr. Pina**. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Erscheint recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung.
Der Vertrauensmann.
282/9

Deutscher Tischler-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Versammlung für Hindost
am Mittwoch, den 19. April, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Hoffmann's Festsälen**, Oranienstr. 180.
T.-O.: Vortrag, Diskussion, Werkstatt-Angelegenheiten, Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Diesenigen Kollegen, welche noch Biletts vom Maskenball in Händen haben, werden gebeten, bis spätestens den 1. Mai abzurechnen, widrigenfalls die Namen veröffentlicht werden.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!
Filzschuharbeiter, Zwicker, Putzer, Einleister.
Der Streik bei **G. Gahholz**, Lottumstr. 12, dauert unverändert fort, und wir bitten, den Zuzug streng fernzuhalten.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Die Agitations-Kommission der Filzschuharbeiter von Berlin und Umgebung.
155/16

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

76. Sitzung vom 17. April 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Böttcher, Hanauer.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Belgien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Buchergesetz-Novelle. Zunächst würde die Wiederholung der Abstimmung über § 302 o (Androhung der Befristung wegen gewerbetreibenden Buchers gegen alle andern Rechtsgeschäfte, welche die Kriterien der Bewucherung an sich tragen) stattfinden haben.

Abg. Dr. Dohrn (Dfr.) beantragt mit Rücksicht auf diese Abstimmung die Verbringung des Gegenstandes an die zweite Stelle der Tagesordnung treten zu lassen und über das Spionagegesetz zuerst zu verhandeln.

Abg. v. Mantuffel (M.) widerspricht diesem Vorschlag, welcher demnach vom Hause gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt wird.

Das Haus tritt in die Fortsetzung der Beratung des Buchergesetzes ein und setzt nach dem Vorschlag des Präsidenten die Abstimmung über § 302 o vorläufig aus.

Ohne Debatte wird zunächst die Erweiterung des § 307 des Strafgesetzbuches angenommen, wonach den Vorschriften desselben auch unterliegen soll, „wer den über das Abhalten von öffentlichen Versammlungen und über das Verbot von öffentlichen Versammlungen erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwider handelt.“ In das bestehende Buchergesetz soll ferner nach der Vorlage ein neuer Artikel 4 aufgenommen werden, wonach jeder, der gewerbetreibend oder Strohgeschäfte betreibt, demjenigen, mit welchem er hieraus in Verbindung steht, für jedes Kalenderjahr binnen 3 Monaten nach Abschluß desselben einen vollständigen Rechnungsanschluß über die noch schwebenden Geschäfte mitzuteilen hat. Wer es unterläßt, dieser Verpflichtung nachzukommen, wird mit Geldstrafe bis zu 500 M. oder mit Haft bestraft und verliert den Anspruch auf die Zinsen für das verlossene Jahr hinsichtlich der Geschäfte, welche in den Rechnungsanschluß aufgenommen waren.

Die Kommission hatte in erster Lesung den Artikel gestrichen, in zweiter Lesung ihn aber in modifizierter Fassung angenommen. Danach soll die Strafe nur den treffen, der sich dieser Verpflichtung vorsätzlich entzieht, und außerdem soll diese Bestimmung keine Anwendung finden 1. auf öffentliche Banken, Notenbanken, Bodenkredit-Institute und Hypothekendarlehen auf Aktien, 2. auf Kaufleute im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Abg. von Bar (Dfr.) beantragt, statt des Wortes „vorsätzlich“ zu sagen: „in der Absicht, den Schuldner über den Betrag seiner Schuldverpflichtungen im Unklaren zu erhalten und ihn dadurch zur Eingehung leichtsinniger oder von ihm schwer zu erfüllender weiterer Geschäfte zu veranlassen“.

Abg. v. Vuol will den Artikel 4 nach zwei anderen Richtungen modifizieren; es soll nicht bloß, wie nach dem Antrage v. Bar, das Ergebnis des Rechnungsabchlusses mitgeteilt werden, sondern ein schriftlicher Rechnungsanschluß, aus dem auch hervorgehen muß, wie das Ergebnis erwachsen ist. Andererseits sollen auch Spar- und Darlehns-Institute öffentlicher Korporationen und eingetragener Genossenschaften, sowie die Geschäftsverbindungen, die nur in einem Abschluß bestehen, der schriftlich stattgefunden hat, von den Bestimmungen des Artikel 4 ausgeschlossen sein.

Abg. v. Bar ersucht prinzipiell um Ablehnung des ganzen Artikels. Er gefährde den ethischen Geschäftsbetrieb, belaste die Geschäfte und die Gerichte. Die Handelskammer in Breslau habe sich in einer Petition im Interesse gerade des soliden Geschäftsbetriebs für die Ablehnung dieses Artikels ausgesprochen. Eventuell sei der Artikel nur in der von ihm vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Abg. v. Vuol: Der Artikel 4 ist nicht gemacht worden zur Bekämpfung des Buchers, sondern um diejenigen, welche schon in den Händen der Bucherer sind, noch zu retten dadurch, daß über den Stand des Geschäfts Klarheit zwischen beiden geschaffen wird. Daß dieser Gedanke gefehlschwerig gefunden ist, hat auch die Breslauer Handelskammer anerkannt. Daß das solide Geschäft ihn als eine Fessel oder starke Unbequemlichkeit empfinden werde, kann ich nicht zugeben. Im übrigen empfiehlt Redner seinen Antrag als die zweckmäßigste Vereinigung der verschiedenen einander entgegenstehenden Interessen; unbedingt beibehalten müßte das Wort „vorsätzlich“ werden, dessen Ersetzung durch den Wortlaut des Antrages von Bar eine sehr unglückliche schon deshalb sei, weil der vor der Kommission einstimmig beanstandete Begriff des Reichthums darin wieder erscheine.

Abg. Dahn (M.) beantragt für den Fall der Annahme des Antrages von Vuol die Ausnahme bezüglich der eingetragenen Genossenschaften auf den Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern zu beschränken, und die Ausnahme bezüglich der nur aus schriftlichem Abschluß bestehenden Geschäftsverbindungen zu streichen.

Abg. Büßing (nat.): Die Kommission hat einstimmig die ursprüngliche Regierungsvorlage in Artikel 4 als unannehmbar erkannt. Die Scherereien, denen die Reichsbank, die großen Banken, die großen Kreditinstitute unterworfen worden wären, wären unabsehbar geworden. Die Reichsbank selbst hätte sich gegen diese Bestimmung ausgesprochen. Es sind denn auch die genannten Anstalten von diesen veratorischen Bestimmungen freigelassen worden. Aber was von dem Artikel übrig geblieben ist, bedeutet immer noch eine erhebliche Belastung des soliden Geschäftsverkehrs, namentlich der Privatbanken im Verkehr mit Nichtkaufleuten, und es ist immer noch das Beste den ganzen Artikel zu verwerfen. Vielleicht sei dem beschließenden Bedenken bis zur dritten Lesung durch eine anderweite Fassung abzuhelfen; für heute sei es ihm unmöglich, für den Artikel 4 zu stimmen.

Abg. Dahn erklärt sich für den Antrag v. Vuol mit den beiden Veränderungen, die er namens der Deutschkonservativen beantragt hat. Für den Antrag v. Bar könne er sich nicht entschließen, da dessen Fassung dem Richter eine Aufgabe stellt, die dieser zu erfüllen garricht in der Lage sein würde.

Staatssekretär Hanauer: Die gute Absicht des Artikel 4, nämlich zu verhindern, daß die Lage des Schuldners durch den Geschäftler verdunkelt werde, wird von allen Seiten als berechtigt anerkannt; vorgeschrieben wird dem Artikel nur von den Herren v. Bar und Büßing, daß er zu weit geht. In dieser Beziehung hat ja die Kommission schon erhebliche Einschränkungen vorgenommen. Beschränkungen mögen vielleicht mit der Ausführung dieser Bestimmung für diesen oder jenen Geschäftsmann verbunden sein, daß aber Gefahren für den Geschäftsverkehr überhaupt daraus erwachsen, kann nicht zugegeben werden. Auch ist die Fassung des Artikels keineswegs unklar, was im Gegentheil gerade von dem Antrage v. Bar behauptet werden muß. Diesen Antrag wolle das Haus unter allen Umständen ablehnen. (Der letzte Theil der Ausführungen des Staatssekretärs bleibt bei dem schwachen Organ des Redners und bei der Unruhe im Hause auf der Journalistentribüne unverstanden.)

Die Abg. Krause und Schrader (Dfr.) treten den Aus-

einandersehungen des Staatssekretärs entgegen. Eine einfache Unterlassung sofort zum Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung zu machen, sei ein bisher unerhörter Vorgang. Sei denn das geschäftliche kaufmännische Leben in Deutschland so unsolid und unordentlich, daß ein solches Einschreiten nötig werde? Alle Parteien im Reichstage seien darüber einig, daß das nicht der Fall sei. Das Gesetz scheine anzunehmen, daß das Publikum durchweg aus einfältigen, nicht aus verständigen Leuten bestehe. Zu den Leuten, welche von den Geschäften und ihrem Abschluß nichts verstehen, müsse vor allem das Reichsjustizamt gerechnet werden. Wer im Hause für diese Bestimmungen eintrete, übersehe ebenso wenig wie dieses, wie der Geschäftsbetrieb vor sich gehe. Die Folgen dieser einschneidenden Vorschriften würden schließlich nicht die großen Firmen, sondern die kleinen Leute, die Handwerker und Gewerbetreibenden treffen, die sich doch gerade der besonderen Fürsorge der Mehrheit dieses Hauses erfreuten. Auch vor dem Auslande stünde der deutsche Handels- und Kaufmannstand in nicht sehr schönem Lichte da, wenn die geschäftlichen Faktoren den Erlaß einer solchen allgemeinen strafrechtlichen Bestimmung wirklich beschließen. Würde dieselbe bloß zivilrechtlich konstruiert, dann würde Artikel 4 den größten Theil seiner Bedenklichkeit verlieren. Das Gesetz sei auch nicht ganz unparteiisch, sondern gehe geradezu darauf aus, einem Schuldner noch einen Vortheil zuzuwenden. Jeder Staatsanwalt werde sich, wenn ihm mitgetheilt sei, daß die Rechnung nicht abgeschlossen oder der Anzug nicht mitgetheilt sei, für berechtigt halten, auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen gegen den Geschäftsmann einzuschreiten, der sich dieser Unterlassungen schuldig gemacht hat. Auch der Staatssekretär könne nicht leugnen, daß der Begriff „Kreditgeschäfte“ ein außerordentlich vager und weitgreifender sei. Es werde mit der Auslegung dieses Begriffs in der gerichtlichen Praxis gerade so gehen, wie es mit dem Begriffe des „groben Unugs“ zum wachsenden Erstaunen und Bestreben der ganzen deutschen Bevölkerung bei den Gerichten gegangen sei. Fast jeder Kaufmann, fast jeder Handwerker mache eine Reihe von Kreditgeschäften; in Berlin sei es geradezu Regel, daß der Schneider, der einen Anzug mache, seine Arbeit nicht sofort bezahlt bekomme, sondern einen gewissen Kredit gewähre, auf drei Monate Ziel oder eine ähnliche Zeit. Alle diese Geschäfte würden in Zukunft unter diese Strafbestimmungen fallen; an alle diese Geschäfte und an die ruinöse Einwirkung dieser Bestimmungen auf sie habe nicht das Reichsjustizamt, nicht der Staatssekretär desselben gedacht. Der Grundgedanke des Entwurfs sei ein falscher, indem er für einzelne Verfehlungen und Auswüchse das ganze Epithem der bisherigen Gesetzgebung ändern wolle. Weder die Kommissionsfassung, noch auch die Anträge von Vuol und Dahn könnten diesen falschen Grundgedanken zu einem gesunden machen; man lehne das Gesetz ab und dem deutschen Volke mit der Ablehnung des Art. 4 den größten Dienst.

Nachdem die Abg. v. Bar, v. Vuol, Schrader und Büßing, sowie Staatssekretär Hanauer nochmals das Wort ergriffen haben, schließt die Diskussion.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Dohrn die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Bureau den Zweifel theilt, muß der Namensaufruf erfolgen, welcher die Anwesenheit von nur 171 Mitgliedern ergibt. Die Sitzung muß abgebrochen werden. Schluß gegen 5 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Gesetz betr. den Verrath militärischer Geheimnisse, Fortsetzung der Beratung des Buchergesetzes).

Parteinachrichten.

Maifeier. In Leipzig findet am Nachmittag des 30. April ein Ausflug nach Stöbberitz statt; in allen dortigen und den Gastwirtschaften der Nachbardörfer ist Abends Konzert und in einigen Sälen Ball. Am Abend des 1. Mai werden in 21 Sälen von Leipzig und Umgegend Versammlungen abgehalten, an die sich Konzerte, Vorträge und Gesänge schließen.

In Christiania in Norwegen sind zur Theilnahme an dem Festzuge 30 Fachvereine und sonstige Korporationen angemeldet.

In einem schwungvollen Artikel über die Maifeier führt die „Sächsischer Arbeiter-Zeitung“ treffend aus: „Das Arbeiter-Maifest soll zum Ausdruck bringen alle jene gewaltigen Ideen, um deren willen das laienbewußte Proletariat den Kampf, in dem es steht, unternommen hat. In erster Linie die Erinnerung eines besseren Arbeiterstandes, insbesondere des Achtstundentages, zur Wiedereingeführung der durch den schamlosen Kapitalismus in Siechthum und Elend geworfenen Scharen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterkinder.“

Sodann ist die Maifeier gewidmet dem hohen Gedanken der Völkerverbrüderung. Die bürgerlichen Feste sind verschieden je nach Alter und Nationalität. Aber der 1. Mai ist ein Feiertag der Arbeitenden aller Länder. Der 1. Mai trennt nicht trennenden Dogmenstrom und nicht der Grenzspähle künstliche Schranken. Der 1. Mai ist das Fest der internationalen Solidarität und Einigkeit der Bedrückten in Nord und Süd, in Ost und West. Der 1. Mai ist ein wirklicher Weltfeiertag! In diesem Weltfeiertage geben die Arbeiter des ganzen Erdballs gemeinschaftlich die gleiche übergeugte Absicht kund, daß sie das Joch der kapitalistischen Sklaverei zu zerbrechen und eine sozialistische Gesellschaft von freien und Gleichen herbeizuführen gewillt sind. So ist das Maifest der Arbeit das eigentliche Jubelfest des Proletariats, es ist gewidmet allen höchsten Idealen echter menschlicher Kultur, an deren Erfüllung die heutige Menschheit, die Arbeiterschaft arbeitet. Daher ist es die größte Ehrenpflicht aller denkenden Arbeiter, die Bedeutung unseres Maifestes und die ihm zu Grunde liegenden Gedanken in immer weiteren Kreisen des Volkes klar zu legen. Der 1. Mai, der ein dauerndes Fest der kämpfenden Arbeiter sein wird, muß sich von Jahr zu Jahr mehr einleben, mit seinen Hoffnungsstrahlen von Jahr zu Jahr mehr die Gemüther aller Ausgebeuteten erleuchten und erwärmen! Deshalb, Arbeiterinnen und Arbeiter, ruhen wir Euch zu: Sorget dafür, daß das Maifest in diesem Jahre auch bei uns hier ein schönes und unserer großen Sache würdiges werde.“

Reichstags-Kandidatur. In einer Versammlung in Ludenwalde wurde der dortige Stadtverordnete Fritz Gerischer als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Ludenwalde-Jüterbog-Zauch-Beitzig angesetzt.

Von der Agitation. Die Dortmunder Parteigenossen verbreiteten am Sonntag in diesem Kreise 60 000 Grenzpläne eines Flugblattes für die Wahl Wölke's. — Parteigenossen aus Leipzig-Gohlis unternahmen an demselben Tage eine Agitationstour nach den Dörfern Lindenhal, Nadesel, Glesin bis zu dem Städtchen Schlenau. Die Annahme war überall eine gute. Wie der „Wähler“ berichtet, zeigte es sich, daß die Landbevölkerung allerorts begonnen hat, die sozialistischen Ideen zu begreifen. Man klagte überall über die drückenden Lasten.

In einer lesendwerthen Besprechung neuerer Schriften über Sozialismus nimmt der Halle'sche Professor der Nationalökonomie, Dr. Karl Diehl, auch Stellung zur Frage: Meineid und Sozialdemokratie. Ueber eine diesen Titel tragende Broschüre (Verlag von Wilhelm, Berlin) schreibt er:

„Die Broschüre ist eine bloße Tendenzschrift, ein Pamphlet. An die bekannten Vorgänge in Hamburg und Breslau anknüpfend, wo ein Staatsanwalt bzw. Richter erklärt hatte, daß für Sozialdemokraten unter Umständen ein Meineid nicht verwerflich erscheine, namentlich wenn es das Partei-Interesse erfordere, will der Verfasser den Nachweis führen, daß der Sozialdemokrat jegliche Vorstellung von der Heiligkeit des Eides abgehe, daß sie den Meineid nicht nur billige, sondern geradezu empfehle und verherrliche. Dieser Nachweis muß als durchaus mißlungen erachtet werden. Welches sind die „authentischen“ Quellen, aus denen der Verfasser die Belege für seine Behauptungen entnimmt? In erster Linie der „Sozialdemokrat“, ein Blatt, das gar nicht ein offizielles Organ der Sozialdemokratie ist, vollends nicht der neueren, dem sogar schon 1886 offiziell der Charakter als Partei-Organ abgesprochen wurde, weiter einzelne Neußerungen sozialdemokratischer Einzelblätter, dann namentlich einige Artikel aus dem „Sozialist“. Dieser „Sozialist“ ist aber das Organ der sog. „Jungen“, die in schroffem Gegensatz zur Partei stehen; von ihnen behauptet der Verfasser, sie seien „Schüler von Nebel und Genossen“ (S. 80). Ferner diene noch als Quelle Hans Blum's Zügen der Sozialdemokratie. Wenn man aus so trüben Quellen schöpft, ist es freilich leicht, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie predige den Meineid. Hatte der Verfasser die offiziellen Partei-Organ, die grundlegenden Schriften von Führern der Sozialdemokratie oder der wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus zu Rathe gezogen, so wäre er gerade zum entgegengesetzten Resultat gekommen, nämlich, daß der Meineid nirgends offiziell angepriesen wird. Ganz steht ein großer Theil der sozialdemokratischen Partei der Religion neutral gegenüber, aber auch dieser erblickt doch zum Mindesten im Fallschneid eine offizielle Lüge, und diese wird nirgends von Parteigenossen euphorisch. Mag auch in einzelnen Fällen ein sonfuer Genosse geglaubt haben, im Interesse der Partei einen Meineid leisten zu dürfen, mag solche Auffassung auch hier und da von einem unklaren Zeitungsschreiber vertreten worden sein; das ist erklärlich bei einer Partei, die etwa 1/2 Millionen Anhänger aus den an Bildung am tiefsten stehenden Schichten der Bevölkerung hat. Dies berechtigt aber noch lange nicht dazu, gegen eine ganze Partei eine so schwere Anklage zu erheben und auch Richter und Staatsanwälte sollten mit solchen Neußerungen vorsichtiger sein.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine Volksversammlung in Farnroda, in der der Reichstags-Abgeordnete Bock aus Gotha über die Militärvorlage sprechen sollte, wurde vom Schultheißen ebenso verboten, wie eine gleichartige Versammlung, die für Seelach in Aussicht genommen war. Die gegen die Verbote eingereichte Beschwerde wurde vom Eisenacher Bezirksdirektor verworfen und zwar auf Grund des Berichtes, den der Schultheiß Thiel in Farnroda eingeklagt hatte. Es heißt darin: „Als im vorigen Herbst in Thal eine Volksversammlung, in welcher sozialdemokratische Redner gesprochen, stattgefunden, wurde an demselben Abend die Hofenanlage des Fabrikdirektors Herrn Vollmar durch Abschneiden der Stämmchen zerstört. Ebenso nach Beendigung der Versammlung im „Gasthof zum Löwen“ hier, wo der Sozialdemokrat Hülle aus Erfurt gesprochen, waren am Abend an der Straße nach Buttha 18 Obstbäume, der Obstanlage des Rittergutsbesizers Herrn Brause gehörig, abgebrochen. Die Uebelthäter sind in beiden Fällen, trotz eifriger Nachforschung, leider nicht zu ermitteln gewesen. Die Einwohnerschaft, über solche rohe Akte sehr empört, neigt sich, obwohl nichts zu beweisen ist, unvorholten der Ansicht zu, daß von Heimkehrern aus den Versammlungen solches verübt worden sei. Ferner an einem Versammlungsabend des evangelischen Bundes im Saale des Wittgensteines rief der Vortragsführer dem Vorsitzenden Herrn Piarrar Dr. Matthes laut entgegen: „Lassen Sie ein sozialistisches Buch vorlesen“. Große Entrüstung ging durch die große Menge der Zuhörer und p. Schuchardt wurde sofort aus dem Saal entfernt. Es liegt somit die Vermuthung nahe, daß durch solche Versammlungen die öffentliche Ruhe gestört werden wird.“

Also obwohl nichts zu beweisen ist, hebt die sachsen-weimarsche Aufsichtsbehörde das Versammlungsrecht für unsere Partei auf, weil die Einwohnerschaft in ihrer angeblichen Vermuthung, Sozialdemokraten seien die Baumfrevler gewesen, Unruhen erregen könnte. Das ist ja reizend! Hat denn der Bezirksdirektor auch gepöhl, ob die Angaben des Schultheißen irthumsfrei sind, d. h. ob außer ihm und den an der Nichtabhaltung sozialdemokratischer Versammlungen doch interessirten Anhängern anderer Parteien wirklich jemand aus dem Orte gerade die Sozialdemokraten des Baumfrevels bezichtigt? Und wenn das der Fall wäre, wie kann es eine Behörde verantworten, unter Berufung auf gefehlschwerige Reizungen (Störung der öffentlichen Ruhe) von Leuten einem andern Theile der Staatsbürger, denen kein Vergehen nachgewiesen werden konnte, sein gutes Recht zu entziehen? Ist nicht die Polizei dazu da, gefehlschwerigen Reizungen der Leute entgegen zu treten und die andern Leute in ihren staatsbürgerlichen Rechten zu schützen? Wofür wird sonst der kostspielige Apparat der Polizei bezahlt? Hoffentlich wird der Entschluß des Ministeriums, das angerufen ist, der Ansicht des Bezirksdirektors nicht beizustimmen.

Tokales.

Gewerbegericht. Eine Versammlung der Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts, in welcher Rechtsanwält Heine einen Vortrag halten wird, findet am Donnerstag, 20. April, 8 1/2 Uhr, in der Ressource, Kommandantenstr. 57, statt. Der Ausschuss ersucht in anbetragt der Wichtigkeit der zur Verhandlung kommenden Fragen um vollzähliges Erscheinen.

Städtische Krankenhaus-Verwaltung. Bei Gelegenheit der jüngsten Staatsberatung hatte die Stadtverordneten-Versammlung eine Resolution gefaßt, worin sie die Bildung einer einzigen Verwaltungs-Deputation zur gemeinsamen und einheitlichen Verwaltung sämtlicher Krankenhäuser und die sonstigen für die öffentliche Gesundheitspflege bestimmten Anstalten für wünschenswert erachtet und den Magistrat um eine Vorlage ersucht. Gegenwärtig besteht für jedes Krankenhaus ein besonderes Kuratorium, deren Mitglieder aus der Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege entnommen werden. Der Magistrat hat nunmehr bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, indem er es für empfehlenswerth erachtet, die bestehende Deputation für öffentliche Gesundheitspflege in ihrer Wirkung als mehr

akademische Körperschaft unberührt zu lassen, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß unter Aufhebung der drei für die Verwaltung der städtischen Krankenhäuser bestehenden Kuratorien eine aus vier Magistratsmitgliedern und acht Stadtverordneten bestehende „Deputation für die städtischen Krankenanstalten“ errichtet werde.

Vorträge des Pfarrers Kneipp. In unserm Bericht über den Kneipp'schen Vortrag vom vorigen Mittwoch (Nr. 87 des „Vorwärts“) hatte unser Berichterstatter bemerkt: „Gegenüber der wiederholten Betonung, daß es namentlich Pflicht sei, dem Armen zu helfen, der unter der doppelten Last leide, hat es mich nur bestrebt, daß der Herr Pfarrer gestattete, ein so hohes Entree für seinen Vortrag zu nehmen — (wenn auch zum Besten des Wohlthätigen Kinderasyls), daß die Beschlüssen von vornherein von dem Besuch ausgeschlossen waren.“

Darauf schreibt uns Herr Magistratssekretär Wehmer, der zweite Vorsitzende des Kneipp-Vereins Berlin:

Dieser Satz bedarf einer zweifachen Richtigstellung: 1. Bekümmert sich der Herr Pfarrer nicht um die lediglich von den lokalen Verhältnissen abhängende Frage des Eintrittsgeldes zu seinen Vorträgen und darf ihm daher hierin nichts zur Last gelegt werden. Bei dieserseitiger Feststellung der Preise der Plätze war hauptsächlich die vorher stattgehabte Berechnung der entstehenden Unkosten und dann der Gedanke, nach Deckung dieser mehr einen idealen als materiellen Erfolg zu erzielen, maßgebend, und erst in dritter Linie wurde des Kinderasyls in Wörishofen gedacht.

2. Hat aber auf besonderen Wunsch des Herrn Pfarrers, auch Unbemittelten den Besuch der Vorträge zu ermöglichen, der Vorstand, nach Feststellung jener Bilanz, jedem Mitgliede (gegen 200) je zwei Freikarten — Sitzplätze allerdings — mit der ausdrücklichen Bedingung der zweckentsprechenden Verwendung zur Verfügung gestellt.

Daß aber hierdurch das finanzielle Ergebnis — es handelt sich um einen Ausfall von rund 700 M. — sehr abgeschwächt wurde, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Dank dem Entgegenkommen der Besucher ist das Defizit immerhin noch ein betriebliges zu nennen und darf daher angenommen werden, daß die zu berücksichtigenden drei Faktoren:

1. die ideale Seite der Pfarrer Kneipp'schen Heil- und Gesundheitslehre zu fördern;
 2. den persönlichen Wunsch des Herrn Vortragenden bezüglich der Unbemittelten zu erfüllen und
 3. wenn angängig, des Kinderasyls zu Wörishofen zu helfen,
- gleichmäßig richtig bei den Vorbereitungen zu den Vorträgen erwogen worden sind.

Wir wissen nicht, was hier „richtig gestellt“ ist. Ad 1 ist dem Pfarrer Kneipp nichts zur Last gelegt, was nicht in dieser Richtigstellung überhaupt zugeordnet ist, ad 2 ist die Annahme, daß die 200 Mitglieder ihre Freikarten den Unbemittelten zugewiesen, eine sehr willkürliche und thatsächlich nicht zutreffende. Die Thatsache bleibt bestehen, daß die Vorträge nicht für Unbemittelte herabgesetzt waren. Ob die Gründe hierfür berechtigt oder nicht berechtigt waren, haben wir gar keiner Erörterung unterzogen.

In welchem Zweck die dreijährige Dienstzeit unseres herrlichen Kriegshelden da ist, mag aus folgendem hervorgehen:

Der Regimentschneider Strohbach vom 8. Garde-Regiment hat in Nieder-Schönweide neben der Borussia-Brauerei das Restaurant „Zum Schweizerhaus“ übernommen. Die Gebäude und der Garten bedürfen bekanntlich zum Frühjahr eines gründlichen Anstrichs und da verwendet der Herr Regimentschneider — der noch augenblicklich Dienst thut — 5 bis 6 Soldaten von obigem Regiment, als Maurer, Maler, Gärtner u. s. w. dazu. Bemerkenswerth ist, daß außerdem auch noch Dachdecker und Maurergesellen ebenfalls daneben beschäftigt werden, die sich darüber freuen, wie die durch ihre Steuern erhaltenen Soldaten ihnen Konkurrenz machen.

Eine eigenartige Praxis der Fürsorge für verstorbenen Mitglieder scheint die Ortskrankenkasse für das Brauergewerbe Berlin einzuführen.

In der Habel'schen Brauerei starb am 23. Februar, Abends 11 Uhr, plötzlich der aus GutsMuths in Bayern gebürtige Brauer Hübner an Gehirnschlag. Der Verstorbene wurde von Kollegen auf seine Lagerstätte gelegt und dessen Tod sofort der Direktion und der Krankenkasse gemeldet. Erst am andern Tage Vormittags 11 Uhr, also nach dem der Todte volle 12 Stunden im Schlafraum der Brauer gelegen hatte, die neben dem Todten ihre Schlafstätten haben, ließ die Direktion den Verstorbenen nach einem abgelegenen Raum bringen und ihn dort auf eine Schütte Strohniederlegen. Angewaschen, mit Arbeitsanzug, wie derselbe die Arbeit verlassen hatte, wurde er nun nach Verlauf von zwei Tagen einsezelt. Man zog das Sterbende einfach dem Verstorbenen über den Oberkörper und da die Weste etwas hinderlich dabei war und hervorsah, so stopfte man ihm dieselbe unter den Rücken.

Daß dieses lieblose Vorgehen der Krankenkasse, die für die 90 M. Sterbegeld doch wohl auch noch eine Leichenwäscherin beschaffen konnte, die dortigen Brauer mächtig aufregte, läßt sich denken.

Einen unerfreulichen Entschluß hat am Montag das Kammergericht gefällt. In der Straffache gegen den Zeitungsgesprengelten Bri n k m a n n aus Hohenmölsen, wobei es sich um die Frage handelte, ob die Kinder der aus der Landeskirche ausgeschiedenen Personen gezwungen werden können, dem Religionsunterricht in der Volksschule beizuwohnen, hat das Kammergericht diese Frage gemäß der neueren Auffassung des Kultusministers bejaht und sich damit im Gegensatz zu früheren Entscheidungen gesetzt. Einen näheren Bericht über die Verhandlung behalten wir uns vor.

Der „Herr Millionär aus Rübensdorf“, der Maurer Michoels, über dessen Schwindel wir bereits berichtet haben, ist in der Nacht zum 16. d. M. aus dem Gefängnis in Alt-Landsberg, wohin er nach seiner Inhaftnahme überführt worden war, entwichen, hat aber die goldene Freiheit nicht lange geworfen. Gestern ist er hier in Berlin wieder gefangen und aufgegriffen worden.

Von ihrem Verführer in den Tod getrieben wurde in New-York eine junge Berlinerin, die 18-jährige Fanny F., die einzige Tochter eines in der Rosenthaler Vorstadt wohnenden Tischlers. Gegen den Willen ihrer Eltern hatte sich das Mädchen mit einem Techniker namens Krause verlobt und auf dessen Betreiben ihre Stelle als Verkäuferin in dem Konfektionsgeschäft von F. aufgegeben. Ende Dezember v. J. verließ sie heimlich das elterliche Haus und war seitdem verschollen. Im vergangenen Monat traf bei Herrn F. ein Brief aus New-York ein, der Aufschlüsse über die Schicksale der Unbesonnenen gab. Das Schreiben lautete: „Hochgeachteter Herr F.! Theilen Sie doch, bitte, den Meinigen mit, daß ich mir, wenn Sie diesen Brief erhalten, das Leben genommen habe. Mein Bräutigam, der mich veranlaßt hat, ihm nach Amerika zu folgen, behandelt mich nicht nur schlecht, sondern er hat mich auch zu einem schrecklichen Lebenswandel veranlaßt, der uns Beide ernähren soll. So kann ich nicht weiter leben, und deshalb gehe ich in den Tod. Ihre dankbare Fanny.“ Herr F. schrieb unerschrocken an einen in New-York wohnenden Geschäftsfreund und bat, sich nach dem Schicksal

der Verstorbenen zu erkundigen. Vorgestern traf nun die Antwort hier ein, die die traurige Mitteilung enthielt, daß am 23. März die Leiche eines jungen, reudirt beseideten Weibes, auf welches die Personalbeschreibung der Fanny F. paßt, im Hafen von New-York gefunden worden sei. Die Betroffene hatte ihrem Leben durch Ertränken ein Ende gemacht.

Zwei Brüder, die Söhne eines Beamten, haben sich in der Nacht zum Sonnabend in ihrem gemeinschaftlichen Zimmer, wahrscheinlich durch Coanfallum, vergiftet. Max, der ältere der beiden Brüder, war 22 Jahre alt und besuchte seit dem 1. Oktober 1891 die Militär-Roharschule in der Karlsrufer- und wohnt auch daselbst, während der jüngere sich in der elterlichen Behandlung aufhielt. Beide waren in ihrem Verufe so weit vorgeschritten, daß Max vor dem Phylakum und sein Bruder gleichfalls vor der ersten Prüfung stand. Der ältere Sohn hielt sich während der Osterferien gleichfalls bei den Eltern auf. Hinsichtlich der Beweggründe zu der seltsamen That verläutet, daß beide sehr stolze junge Leute waren, und daß namentlich Max mit den ihm als Soldat gezogenen militärischen Grenzen oft in Zwiespalt gerathen ist. Er überschritt häufig die Urlaubsgrenze und zog sich dadurch wiederholt Arreststrafen zu. Mit dem ungewöhnlichen Leben scheint eine Vernachlässigung der wissenschaftlichen Ausbildung vereinigt gewesen zu sein, und man nimmt daher an, daß die beiden jungen Leute aus Scheu vor den abzulegenden Prüfungen Hand an sich selbst gelegt haben.

Ein blutiger Kampf wogte in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr in der Elsäckerstraße. In dem Elsäcker-Saal hatte gegen 1 1/2 Uhr ein Infanterie-Unteroffizier beim Verlassen der Garderobe Streit mit einer Zivilperson erhalten und dies war das Signal zu einer Zusammenrottung der Militär- und Zivilpersonen. Beide Parteien drangen denn auch bald aufeinander ein. Daß in der Wünderzahl befindliche Militär erhielt einen kräftigen Zuwachs in den Postillonen, die in großer Anzahl im Tanzsaal anwesend waren. Da die Soldaten ihre Seitengewehre in der Garderobe abgegeben hatten, so dienten auf beiden Seiten abgedrohte Stuhlbeine als Waffen. Als man dann aber zu Biergläsern greifen wollte, gelang es den Angelegten des Lokals, die Kämpfenden auf die Straße zu drängen. Hier nahm die Schlacht eine noch weit größere Ausdehnung an: Die Soldaten hatten sich in zwischen mit ihren Seitengewehren versehen, und die Zivilisten und Postillone griffen zu ihren Taschenmessern. Nach etwa einer halben Stunde schritt die Polizei ein und machte dem blutigen Vorgang ein Ende. Wie viel Verwundungen vorgekommen sind, läßt sich noch nicht übersehen. Schwer verletzt aber wurde der Kaufmann Oskar M., der einen Messerstich in das Genick erhielt. Die Klinge brach in der Wunde ab und mußte auf der Sanitätsstation in der Giesendorfsstraße durch einen Arzt entfernt werden. M. wurde später in schwerem Zustand der Charite eingeliefert. Wer den Stich geführt hat, ist bei dem allgemeinen Durcheinander nicht festzustellen gewesen.

In der Straffache gegen den Redakteur Johannes Verbitz, welcher s. Z. auf offener Straße ein Paar Revolver schloß auf den Redakteur Meyer von der „Kreuz-Zeitung“ abgegeben, ist nunmehr die Voruntersuchung geschlossen und die Akten sind der Staatsanwaltschaft zugestellt. Die Anklage wird wegen versuchten Mordes erhoben und soll im Mai vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kommen.

Einen jähen Tod hat der Garde-Musikant Richter beim Exerzieren auf dem Tempelhofer Felde gefunden. Sein Pferd überstreckte sich und begrub den Reiter. Richter erlitt dabei eine schwere Verletzung und verstarb 10 Minuten darauf auf dem Transport nach dem Lazareth. Der Verunglückte stammte aus Brandenburg.

Wegen Raubes sind ein Schlosser Blauen und ein Arbeiter (?) Meyer verhaftet worden. Als der Zigarrenmacher Schutz am Sonnabend gegen Mitternacht die Fennstraße beging, kamen ihm mehrere junge Leute entgegen, die er für betrunken hielt. Zwei davon kamen auf ihn zu und umarmten ihn mit den Worten: „Na, altes Haus, da bist Du ja.“ Während diese ihn festhielten, zog ein Dritter ihm die Uhr aus der Weste, und ein Viertes die Geldtasche aus dem Beinkleid; darauf rissen alle Bier ab. Mit Hilfe des Wächters gelang es Schutz, zwei von ihnen, die ihm Geldtasche und Uhr entzogen hatten, einzufangen und festzubalten. In ihnen wurden die Vorgenannten festgestellt.

Von der Kriminalpolizei zu Charlottenburg geht unserm Reporter die nachstehende Notiz zu: Am Sonntag Morgen um 7 1/2 Uhr fand der Schleusenmeister Friedrich Tornow in der Spree an der Charlottenburger Schleuse die Leiche eines Mannes, der Papiere bei sich führt, die auf den am 19. Oktober 1841 zu Jeddennick geborenen Bootsmann Hermann Arndt lauten. Alle solche Personen, die über den Getroffenen irgend welche Auskunft erteilen können, werden ersucht, sich im Zimmer 4 des Rathhauses zu Charlottenburg einzufinden.

Gegen das freisprechende Urteil in Sachen gegen Maximilian Harden, betr. den Artikel „Monarchenerziehung“ in der „Zukunft“ hat der Staatsanwalt Revision eingelegt.

Um Zulassung der Nacharbeit sollen die hiesigen Falgerinnen beim Reichstag petitionirt haben. Die Petition findet wegen der armen Frauen warme Bestürzung in der „National-Zeitung“ und der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. „Die Druckereibesitzer“, heißt es, „haben an der Angelegenheit keinerlei materielles Interesse, da für den Lohn, welchen die Falgerinnen erhalten, männliche Arbeitskräfte ebenfalls zu haben sind.“ Die Arbeitgeber haben aber in ihrer Gesamtheit ein dringendes Interesse, alle gesetzlichen Maßregeln zum Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter zu vereiteln, und da wird die Noth der Arbeiter selbst als Vorwand benutzt.

Plötzlicher Todesfall. Als am Sonntag Morgen etwa um 10 Uhr der in der Pantwilerstraße zu Groß-Lichterfelde in Wohnung gewesene Dr. phil. Bauer mit zwei Jünglingen nach Berlin fahren wollte und den vorausgegangenen jungen Leuten auf dem Wege zum Bahnhofe folgte, wurde er plötzlich von Unwohlsein befallen und mußte sich an einem Baum festhalten. Dies war von seiner Wohnung aus bemerkt worden; als dem sechsundsechzig Jahre alten Manne Hilfe geschickt wurde, ging er noch einige Schritte weiter, brach dann aber todt zusammen: ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Aus Budow bei Mänschenberg wird uns geschrieben: Mit dem Herannahen der Zeit, in der von den verschiedenen Vereinigungen der Genossen Anträge in die Umgegend arrangirt werden, rufen wir denselben die Nothwendigkeit ins Gedächtnis, bei diesen Anträgen das Interesse der Genossen in der Umgegend von Berlin im Auge behalten zu wollen und nicht in Eile einzufahren, deren Inhaber ihre Säle den Genossen der betreffenden Orte zu Versammlungen verweigern. Dies gilt auch wieder von unseren Städtischen Budow; im vergangenen Jahre war es uns durch die Unterstützung der Genossen gelungen, einen Druck auf den damaligen Besitzer des Gasthofs zur „Märkischen Schweiz“, Herrn Klotz, auszuüben, um seinen Saal zu Versammlungen zu überlassen, dervielte hat dadurch ein sehr gutes Geschäft gemacht, das Lokal aber am 1. Januar dieses Jahres verkauft. Der neue Inhaber, Herr Venhja, früher in Rüdow, weigert sich, uns den Saal zu Versammlungen zu überlassen unter dem Vorgeben, er wäre noch zu neu, sei aber bereit, nächstes Jahr einen Saal zu überlassen. Was solche Versprechen für Werth haben, hat die Erfahrung gelehrt. Wir eruchen Euch deshalb, bei etwaigen Anträgen Budow nicht zu berühren eornt. Euch an dem dortigen Vertrauensmann, den Schneidermeister Fritz Simon,

rechtzeitig zu wenden, derselbe ist gern bereit, gegebenen Falls die nöthige Direktion zu geben. Also Genossen, thut Eure Schuldigkeit; es gilt das allgemeine Interesse der Arbeiter! Alle Arbeiterblätter der Umgegend werden ersucht, Vorstehendes zum Abdruck bringen zu wollen.

Die Sterblichkeit, von der wir kürzlich nachgewiesen haben, daß sie in den letzten Jahren in Berlin überhaupt verhältnismäßig gestiegen ist, ist in den Arbeitervierteln Berlins größer als in den von der Bourgeoisie bevorzugten Stadttheilen. Das ist eine alte Erfahrung, die man an jeder größeren Stadt mit einer zahlreichen und lokal begrenzten Arbeiterbevölkerung machen kann, und die für Berlin durch den neuesten Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs“ aufs Neue bestätigt wird. Im Jahre 1890 hatte Berlin 34 800 Gestorbene (einschließlich Todtgeborene) = 22,5 pro Tausend der gesammten Bevölkerung, und zwar 18 649 männliche Personen = 24,9 pro Tausend der männlichen Bevölkerung und 16 217 weibliche Personen = 20,2 pro Tausend der weiblichen Bevölkerung. Auf die einzelnen Standesamtsbezirke vertheilt sich diese Sterbefälle sehr ungleich. (Die Sterbefälle in den Krankenhäusern wurden natürlich denjenigen Standesamtsbezirken zugerechnet, in welchen sich die Wohnung der Verstorbenen befunden hatte.) Vergleicht man die Sterblichkeit mit der auf den Jahresdurchschnitt reduzierten Bevölkerung, so kamen im Jahre 1890 an Sterbefällen: auf die reiche Friedrichstadt nur 12,5 pro Tausend der Bevölkerung, auf die nicht minder reiche Friedrichs- und Schöneberger Vorstadt 15,5, auf Berlin-Görlitz-Dorotheenstadt 16,0, auf die Luisenstadt diesseits des Kanals und Neu-Görlitz 16,8, auf Friedrichs- und Tempelhofer Vorstadt 19,5, auf Luisenstadt jenseits des Kanals westlich 23,0, auf das Spandauer Viertel 23,0, auf Friedrich-Wilhelmstadt und Moabit 23,0, auf das Stralauer Viertel westlich 24,1, auf die Rosenthaler Vorstadt südlich 24,4, auf die Oranienburger Vorstadt 24,6, dann weiter auf die von einer vorwiegend armen Bevölkerung bewohnten Stadttheile Stralauer Viertel östlich (am Ost- und Schlesischen Bahnhof, 28,3, auf Rosenthaler Vorstadt nördlich (bis Bahnhof Gesundbrunnen) 28,7, auf Luisenstadt jenseits des Kanals östlich (am Görlitzer Bahnhof) 26,8, auf das Königs- viertel (bis Neu-Weichensee hin) 27,9, auf den Wedding 30,1 pro Tausend der Bevölkerung. Diese Reihenfolge ist im allgemeinen durch die Kindersterblichkeit bestimmt, die in den Arbeitervierteln außerordentlich hoch ist. Vergleicht man die Sterblichkeit nur der Kinder unter 1 Jahr mit der Gesamtbevölkerung, so kommt eine annähernd gleiche Reihenfolge der Standesämter heraus. Sie beginnt wieder mit der Friedrichstadt (2,7 pro Tausend), der Friedrichs- und Schöneberger Vorstadt (4,3), dem Stadttheil Berlin-Görlitz-Dorotheenstadt (4,3) und endet wieder mit Stralauer Viertel östlich (12,7), Rosenthaler Vorstadt nördlich (13,5), Luisenstadt jenseits des Kanals östlich (14,5) und Wedding (14,6). Die erstangeführte Reihenfolge wird jedoch nicht ausschließlich durch die Kindersterblichkeit bestimmt. Vergleicht man nämlich die Sterbefälle von Personen über 1 Jahr mit der Gesamtbevölkerung, so ändert sich zwar die Reihenfolge vielfach innerhalb der ersten Gruppe von reicheren Stadttheilen und andererseits auch innerhalb der zweiten Gruppe der ärmeren Stadttheile, aber eine nennenswerthe Vermischung beider Gruppen oder gar eine völlige Umkehrung des Verhältnisses findet nicht statt. Vielmehr ist wieder der höchste pro Tausend in den Arbeitervierteln und der geringste in den „vornehmeren“ Stadttheilen zu finden, z. B. also 9,8 in der Friedrichstadt und 18,7 auf dem Wedding. Von einem Zufall kann hierbei nicht die Rede sein, — dafür sind die Unterschiede zu groß und zu sehr von einer durchgängigen Regelmäßigkeit. Welches die Ursache davon ist, daß Krankheit und Tod unter dem Proletariat eine reichere Ernte halten, als unter der Bourgeoisie, darüber haben wir uns oft genug ausgelassen. Die Läden, welche entstehen, werden durch den ununterbrochenen Zufluss aus den Provinzen aufgefüllt.

Marktpreise in Berlin am 15. April, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—16,60 M., mittlerer von 15,50—15,90 M., geringer von 15,10—14,90 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,30—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,90 M., geringerer von 12,80—12,90 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 13,90—15,40 M., mittlerer von 15,30—14,90 M., geringer von 14,80—14,40 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 5,00 bis 4,50 M. Heu per 100 Kilogr. von 6,00—5,20 M. Erbsen, gelbe von 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—1,00 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 8,00—1,80 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 15. d. M., Nachmittags, wurde in der Spree in der Nähe des Schlosses Bellevue die stark verweste Leiche eines unbekannt, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwommen. — Abends fiel ein Tischler in der Trunkenheit in eine Fensterscheibe des Thorweges des Hauses Bäckerstr. 59, wobei er schwere Verletzungen im Gesichte erlitt, sodas er nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 16. d. M. erhängte sich ein Schlosser im Hause Grimmstr. 37 am Treppengeländer. — Am 16. d. M., Morgens, fiel ein Färbergeselle in der Trunkenheit aus einem Fenster im Erdgeschoß des Hauses Stralauerstr. 53 auf den Hof hinab und erlitt einen Bruch des Armes und des Oberschenkels, sodas er nach der Charite gebracht werden mußte. — Am 16. und 18. d. M. fanden zehn kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage

Ein recht gemeingefährlicher Betrug führte gestern den Schlächtergesellen Ludolf Schternack vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Am 17. August v. J. traf der Schlächtergeselle Klein aus einer kleinen Provinzialstadt kommend, in Berlin ein. Sein erster Versuch war zur Herberge in der Neuen Grünstraße. Am Thorwege wurde er von dem Angeklagten angetroffen, welcher ihn nach kurzer Unterhaltung abriet, die Herberge zu besuchen, da man dort leicht Ungeheuer bekommen könne. Schternack erklärte dem jungen Kollegen ferner, daß er zufällig in der Lage sei, ihm sogleich eine Arbeitsstelle zu verschaffen, Klein brauche dann gar nicht erst in die Herberge zu gehen, seine Sachen könnten in einer benachbarten Restauration in Verwahrung gegeben werden. Klein griff mit beiden Händen zu, bewilligte dem Angeklagten auch den verlangten sofort zu zahlenden Thaler. Nachdem die Sachen des Klein in einer Wirtshaus untergebracht waren, begab der Angeklagte sich mit ihm auf den Weg zu dem Schlächtermeister, der einen Gesellen suchen sollte. Nach längerem Wandern bezeichnete Schternack dem Klein einen Laden, an dessen Inhaber der Letztere sich wenden sollte. Er wolle so lange auf der Straße warten. Klein erfuhr von dem Meister, daß er garnicht daran gedacht habe, einen Gesellen zu suchen. Als Klein wieder auf die Straße trat, war Schternack verschwunden. Trüber Abnungen voll fragte der Provinzialist sich zurück nach der Neuen Grünstraße. Er fand auch die Kneipe wieder, wo sein Gepäck untergebracht

erzieren. Der Russetier Mölner mußte die Zufriedenheit seines Vorgesetzten nicht erringen haben, denn plötzlich wurde er von demselben ins Gesicht geschlagen, so daß ihm der Helm vom Kopfe fiel und Mölner mehrmals hin- und hertaumelte und dann zur Erde stürzte. Die Arbeiter haben am Abend den Vorfall dem Oberst des Regiments mitgeteilt.

Um acht Pfennig erhielt vom Schöffengericht ein 64jähriger Mann aus Breisach ein Jahr Gefängnis. Er hatte aus dem Kleiderkasten eines Wittensassen des Spitals in Breisach diese Geldsumme entwendet, nachdem er den Schrank vermittelst eines Werkzeuges erbrochen hatte.

Ueber einen Raubmordversuch an einer Prostituirten wird aus Leipzig gemeldet: In einem öffentlichen Hause, Ulrichsstraße 4, hat in der Sonntagsnacht ein junger Mann, der Weinläufer Peters Sieber aus Hornheim, Kreis Mainz, die Prostituirte Anna Cäcilie Eina fr., genannt D., aus Heichelheim, bei Weimar, mit einem Wüthcherhammer zu erschlagen versucht. Das blutüberströmte Mädchen vermochte noch zu fliehen. Der Mörder feuerte ihr vier Schüsse nach, von denen einer sie in den Rücken traf. Der Mörder feuerte darauf zwei Schüsse gegen sich selbst ab, die ihm den Kinnbacken zerschmetterten. Beide Personen wurden nach dem Krankenhaus transportirt. Das Motiv zur That war unzweifelhaft Raubmord.

Sittlichkeitsverbrechen. In Nürnberg wurde, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, in geheimer Strafkammer-Sitzung, zu der auch — entgegen der sonstigen Gepflogenheit in Bayern — Beisitzer nicht zugelassen wurden, über ein schweres Sittlichkeitsverbrechen, das an die einstigen Enthüllungen der „Ball Mail Gazette“ erinnert, verhandelt. Das Opfer war ein zwölfjähriges Mädchen. Die Kostmutter, die Arbeiterin Margaretha Gebhard, sowie die Näherin Margaretha Bierlein wurden wegen Nuppelei, erstere zu 1 Jahr Gefängnis, letztere zu 3/4 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der Dienstmann Georg Grünbacher erhielt 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Einem der Beteiligten, einem reichen Büßling, ist es gelungen, sich durch Flucht der Strafe zu entziehen.

Der Marktstelen Vertach im Allgäu ist von einer Feuerbrunst heimgeführt worden. 110 Anwesen und die

Kirche sind zerstört; von 1300 Einwohnern sind 700 obdachlos. Der Regierungspräsident v. Kopp ist nach Wertach abgereist.

Der „Kladderadatsch“ wurde in den Greizer Gastwirtschaften durch die Gendarmerie konfisziert. Die beschlagnahmte Nummer soll zwei den Fürsten von Ruß u. S. beleidigende Stellen enthalten.

Die ungarische Gemeinde Serjen in Komitat Tolnau an der Donau ist durch eine Ueberfluthung schrecklich verwüetet worden. Ein Theil der Einwohner hat alles verloren und zum Wanderstab greifen müssen; der zurückgebliebene wohnt in Ruinen. Der Gemeindevorstand, Geyz Gyetz, und der Ortsnotar Varga Mihaly bitten nun die im Auslande lebenden Ungarn und Ungarinnen um Unterstützungsbeträge. Der durch das Wasser verursachte Schaden beläuft sich, wie die Herren uns mittheilen, auf etwa eine Viertelmillion Gulden. — Es wäre Sache des ungarischen Staates, den Einwohnern der verwüsteten Ortschaft zu helfen.

Ein Theil Louisiana's ist von einem Cyclon heimgeführt worden. In Thibodering wurden u. a. die Schule und die Kirche zerstört, fünf Personen sind getödtet, 17 schwer verwundet.

Der Staatsstreik in Serbien hat, wie die Frankfurter „Kleine Presse“ mittheilt, folgendes Zwiesgespräch an der Frankfurter Börse verschuldet: A.: Wissen Sie schon von der neuesten Depesche aus Madrid? — B.: Nein. — A.: Der König von Spanien hat seine Amme verhaften lassen und sich für entzweit erklärt.

Sächsische Gemüthlichkeit. Die sächsische Regierung hat den seit acht Jahren in Krippen ansässigen und dort hochgeachteten praktischen Arzt Dr. med. Salus, der österreichischer Staatsangehöriger ist, ausgewiesen. Die Gründe für diese Maßregel blieben bisher unbekannt.

In Elocin bei Ruchlin brannten acht große Bestuhungen mit sämmtlichen Nebengebäuden nieder. Das Feuer entstand dadurch, daß Kinder einem Hunde einen Feuerbrand an den Schwanz banden und den Hund dann laufen ließen. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die meisten der Abgebrannten haben nur das nackte Leben gerettet.

Durch ein Erdbeben wurden am Montag in der Stadt Zante die meisten der noch erhalten gebliebenen Häuser zerstört. Etwa 20 Menschen sollen dabei getödtet und sehr zahlreiche Personen verwundet worden sein.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Kurich, 17. April. Bei der heutigen Erziehung eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Kurich II. wurde Sanitätsrath Kruse in Norderny (nationalliberal) mit 231 Stimmen gewählt. Für den fortschrittlichen Gegenkandidaten wurden 16 Stimmen abgegeben.

Brüssel, 17. April. Die Regierung hat soeben zwei Klassen der Miliz einberufen.

Mons, 17. April. Nachdem die Bürgergarde zwei Angriffe gegen die Streikenden gemacht hatte, wobei mehrere derselben verwundet wurden, gingen die Streikenden an zwei verschiedenen Orten der Stadt gegen die Bürgergarde mit Steinwürfen vor und verletzten mehrere von den Beuten der Bürgergarde. Diese gab infolge dessen Feuer, tödtete vier von den Streikenden und verwundete eine größere Anzahl; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wien, 17. April. Bei den heutigen Gemeinderath-Wahlen wurden 86 Liberale und 7 Antifemiten gewählt. Die Liberalen verloren 6 Mandate.

Paris, 17. April. An Stelle Bathaut wurde der Republikaner Chaubey mit nahezu 10 000 Stimmen als Deputirter gewählt.

Brüssel, 17. April. Der Sozialistenführer Advokat van der Velde erklärte, daß er zwar die Verletzung des Bürgermeisters Puls bebaure, mehr aber noch die vielen in den Hospitälern und in ihren Familien zu verpflegenden Verwundeten der letzten Tage.

Stuckateure.

Am Dienstag, 18. April, Abds. 8 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation und welches ist für uns die beste Form? 2. Diskussion. 3. Abrechnung. 4. Die Forderung für unsere Baukontrollen. 5. Verschiedenes. 271/14
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht und können in der Versammlung Listen u. an den neuen Vertrauensmann abgeliefert werden.

Oeffentl. Sattler-Versammlung

am Mittwoch, den 19. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Boltz (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Die in Aussicht stehende Militärarbeit. Referent: Kollege Blum.
2. Diskussion.
3. Bericht der Arbeitsvermittlungskommission.
4. Wahl einer Lohnkommission.
5. Wahl eines Vertreters zur Streik-Kontrollkommission.
6. Verschiedenes. 284/6
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Gauverein Berlin.

Dienstag, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr, Annenstraße 16:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. 2. Vortrag des Herrn Ledebour über: „Kassen und Nationen“. 3. Besprechung über Angelegenheiten der Steinbildhauer. 4. Verschiedenes. 117/8
Der Vorstand.

Vereinsbrauerei Rixdorf.

Das Lagerbier der Vereinsbrauerei ist das malzreichste Berliner Lagerbier. Stammwürze 14,5 %

„Berliner Kind'l“

Stammwürze 14,1 % also malzreicher wie die echten Pilsener Biere. 139M

„Spalter-Bräu“

Stammwürze 15,2 % mithin malzreicher wie die echten Münchener Biere.

Der Gehalt der Biere ist festgestellt und wird dauernd kontrollirt durch den vereidigten Gerichtschemiker Herrn Dr. Bischoff.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,

Oranienstr. 83/84.

Verloren.

Sonnabend, den 15. d. M., Nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Lüneburgerstraße 80 nach der Altonaerstr. 29 sind 1600 M. verloren gegangen. 1 Note à 1000 M., 6 Noten à 100 M. Gegen Belohnung von 300 M. abzugeben bei G. Haase, Note, Lüneburgerstr. 80, III.

Zähne v. 2 M., Plomben v. 1 M., alles schmerzlos, auf Theilzahlung. Olga Jacobson, Invaliden-Str. 145.

Mein grosser Saal ist noch einige Sonnabende im Mai zu vergeben.

R. Krösehe's Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.

Kindergarten. Größtes Lager Berlins Andraasstr. 23. D.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 8806L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

27. Marktgrafenstr. 27.

Damenmäntel und Jaquets 2,50, 3, 4 M. Peterinen 1, 2, 3 M. die elegantesten. 40582

Armin Latter.

Achtung! Töpfer.

Auf dem Bau Rykestraße, Ecke Christburgerstraße, haben 22 Kollegen wegen Lohnunterschieden (Abzüge bis zu 40 pCt.) die Arbeit niedergelegt. 828/8

Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoorte-Arbeiter.

Generalversammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber am Mittwoch, 26. April, Ab. 7 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung: Besprechung über die freie Kertwahl (laut Beschluß der Generalversammlung vom 16. März d. J.). 838/6
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Seifensieder und Berufsgen. Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 20. April, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Metzner, über: Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht des Kassirers. 4. Entrichtung der Monatsbeiträge, Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. 267/7
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 8328 L

Robert Meyer,

Or. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Dr. Hoersch, homöopath. Arzt, Einienstr. 149. 8-10, 6-7, Sonnt. 8-10.

Arbeitsmarkt.

Junge Frau w. bei Genossen den Haushalt zu führen ges. Gehalt solid. Näheres Liegnitzerstr. 16, Hof geraden 4 Tr. r. bei Pölsch. 3391b

Schneider auf Tag Holzmarktstraße Nr. 44a, vorn 2 Tr. Linn. 3388b

Schneider für G. Platz, Brüderstraße 81, 2 Tr. 3323b

Verlangt geübte Schreifer auf Maschinenartikel für elektrische Anlagen 8396b

S. Bergemann & Co., Jennistr. 21.

Plätterinnen auf Stehkragen, Umlegkragen verlangt bei höchstem Lohn, auch Wochenlohn 3259b
H. R. Freyer, Georgenkirchstr. 24.

Plätterinnen

auf Herrentagen, Manschetten, Servietten u. Hemden sinden dauernde u. reichliche Beschäftigung bei Heinrich Buchholz & Co., 30/35* Fehrbellinerstr. 81.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 8158b

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstraße No. 2.

Folgende neue Erscheinungen der sozialistischen Literatur halten wir ständig auf Lager:

Unsere

wirtschaftliche und politische Lage.

Rede des deutschen Reichstags-Abgeordneten August Bebel. Gehalten im Dezember 1892 im Kasino Zürich III. 48 Seiten geheftet. Preis 25 Pfg.

Die Organisationen

der Arbeiterinnen Deutschlands,

ihre Entstehung und Entwicklung.

Bearbeitet und zusammengestellt von Emma Ihrer. 16 Seiten geheftet. Preis 10 Pfg.

Wintersonnenwende. Zum Gipfel auf!

Zwei Volksfestspiele von Franz Diederich. 82 Seiten geheftet. Preis 25 Pfg.

Dichtungen von C. M. Scävola:

12 Jahre Verbannung, oder: Des Ausgewiesenen Heimkehr. Episch-dramatische Dichtung in 12 lebenden Bildern. 16 Seiten, geheftet. Preis 10 Pfg.

12 Illustrationen in Lichtdruck (Vorlagen zum Stellen der Bilder) zu obiger Dichtung in rother Mappe. Preis (inkl. Text). 1,50 M.

Rothe Wolken, rothe Wipfel und andere rothe Lieder. 16 Seiten geheftet. Preis 10 Pfg.

Raue Augen, blaue Lippen und andere rothe Lieder. 16 Seiten, geheftet. Preis 10 Pfg.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra.)

Auskunft

in allen juristischen Angelegenheiten ertheilt bewährter Rechtsanwält a. D. Bureau: Leipzigerstr. 74, 2 Tr. (am Dönhofsplatz). Sprechst. von 10 bis 4 Uhr Nachmitt. Jede Besprechung kostet nur 50 Pf.

Del, Licht, Seifen, Parfümerien sowie sämmtl. Artikel z. Wäsche empfiehlt Salon-Dei Karl Engel, Petroleum Swinemünderstr. 11. 4054E

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 3981E

Kindergarten, größte Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung, Oranienstr. 8 im Korbgeschäft. 8182b

Pfandleihe Joffenerstr. 85. 8186b

Zimmer für große und kleine Vereine Veteranenstr. 19. 8930b

Grünauerstr. 25 sind recht freundliche kleine Hofwohnungen sehr preiswerth zu vermieten. 8183b

Im Vorort H. Wohnung ges., event. möbl. und mit Küche. Abz. Postamt Zehlendorf X 100. 8824b

Freundl. Wohnungen, Stude, Küche, Kloset u. sehr billig zu vermieten Lübbenerstr. 21. 1892R

Möbl. Schlafst. Plan-Nfer 91, Nähe der Admiralsbrücke, bei Eisenhauer.

Freundl. Schlafst., sep. für Herren bei A. Müller, Lübbenerstraße 21, vorn 3 Tr. 8392b